

ANZEIGE

Sonnenblume



Springstr. 2
an Hauptbahnhof



Kästliche Milchprodukte

...täglich frisches Brot & Brötchen

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...



Montage bis Freitage: 9- 18 und
Samstag: 9- 13 Uhr

Naturkost



ANZEIGE

Holzworm

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG

Neuer Posten
für Marmulla

LETZTE
AUSGABE

Loemühle:
Was liegt da in der Luft?

Antifaz

Antifaschistische Zeitung
Für das nördliche Ruhrgebiet

RUB Reckum

Inst. 2000000 d.
europ. Anzeigebew.

Sen 6310

Heft 13

Sept/Okt 1988

3. Jahrgang

DM 1,50

HALTERNER

Schreckenstage



Brauner Sumpf im
Heimatverein

Einleitung	3
Halterner Schreckenstage	4
9. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen	8
Kurdistan	9
Brief aus dem Gefängnis	12
Kemal Altun lebt in unserem Kampf weiter	13
Reaktionen auf die geplante Änderung der Ausländergesetze ..	14
Asylbewerberhetze in Recklinghausen	17
Impressum	20
Blick nach draußen	21
Nazi-Auftritte in Lütgendortmund	27
Gift in den Köpfen	28
Fall Dr. "Braun"	30
Neonazis haben neue Kultstätte	33
Interview mit Pfarrer Hartmut Dreier aus Marl	35
Einwand	39



Marl
-Bücherladen
-Die Mühle-Kneipe

Bochum
Akzente-Buchhandlung

Recklinghausen
-Attatrotti-Buchladen
-Van-Ahlen-Buchladen
-Sonnenblume-Naturkostl.
-Wurzel-Naturkostl.
-Drubbelken-Kneipe
-Grauzone-Kneipe
-Altstadtschmiede
-Grünes Büro

Herten
-Büchereule
-Bioladen

Dortmund
-Geschichtswerkstatt
-Atom-Stop-Büro
-Litfaß-Buchladen
-Cafe Samowar
-Taranta Babu-Buchladen

ANZEIGE

Straßencafé

Samowar
Cafe

Tel. 0231/104916 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4800 Dortmund 1

**Briefe
an
die
Redaktion
SIND ERWÜNSCHT !!**

Einleitung

Die vorliegende Ausgabe der **ANTIFAZ** kann nicht leugnen, daß sie zum Ende des "Sommerloches" entstanden ist. Eine Reihe von Artikeln kam (leider) in einiger Zeitnot kurz nach den Urlaubswochen der Redaktion zustande. Wir bitten um Entschuldigung.

Dennoch lag die Antifa-Bewegung während der vergangenen Monate keineswegs nur faul in Spanien oder Jugoslawien, auch während der Ferien wurde von einigen fleißig gearbeitet, insbesondere von denen, die die nächste landesweite **Antifakonferenz** vorbereiteten, die am **17.9.88** in **Essen** stattfindet. Ihnen herzlichen Dank!

Das Titelbild der vorliegenden Ausgabe ist nicht ganz so zufällig, wie es für einige auf den ersten Blick erscheinen mag - es verweist auf eine ausführliche Kritik an einer in **Haltern** (schon 1983) erschienenen Broschüre, welche vom dortigen "Heimatverein" herausgegeben wurde.

In dieser Broschüre wird in übelster Weise nationalistische und rassistische Hetze betrieben, insbesondere gegen polnische und sowjetische Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, die bis 1948 in Haltern einquartiert waren.

Hermann Bogdal, den AntifaschistInnen über Recklinghausen hinaus bekannt als Freund, Ratgeber und aktiver Teilnehmer an vielen Antifa-Aktionen, ehemals interniert im Arbeitslager Börgermoor und Mitglied des antifaschistischen Widerstands, hat eine eingehende Kritik an dieser faschistoiden Schmähchrift verfaßt.

Eine solche Kritik paßt um so mehr in die heutige Zeit, als auf dem Hintergrund des faschistischen Überfalls auf Polen am 1.9.1939, dem Beginn des 2. imperialistischen Weltkrieges, der Wunsch nach Versöhnung und Völkerverfreundschaft erfreulicherweise an Stärke zunimmt.

Wir hoffen, daß Hermanns Artikel ein weiterer Anstoß in diese Richtung sein wird.

Die Redaktion

**Unterstützt den kurdischen
Befreiungskampf!**

Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan!

HALTERNER

Schreckenstage

Ein "Heimatbuch" der braunen
Zunft?

Fast zum vierzigsten Jahrestag der Befreiung der Völker Europas und damit auch des deutschen Volkes von der "Geißel der Menschheit", dem faschistischen Terror- und Mordregime, wurde den Bürgern von Haltern eine Schrift nahegebracht, die in verwerflicher Weise andere Völker im Geist und Ton nazistischer Rassenideologie und "Herrenrassementalität" herabwürdigt und kriminalisiert.

Diese Veröffentlichung muß entschieden zurückgewiesen werden, insbesondere da sie in eine Zeit fällt, die von Fremden- und Ausländerhass bedroht ist. Sie dient jenen, die bestrebt sind, Vorurteile nazistisch-rassistischer Art wachzuhalten und zu erneuern.

Die Broschüre trägt den Titel "Halturner Schreckenstage" und den Zusatz: "Aus eigenen Tagebuchblättern und Erlebnisberichten von Bürgern der Stadt und des Amtes Haltern"; sie bezieht sich auf den Zeitraum 1940-48.

Es handelt sich um eine schon Ende der fünfziger Jahre in Umlauf gebrachte "Aufsatzfolge" des 1969 verstorbenen Halturner Lehrers Philipp Schaefer, dessen Bekenntnis zum Nazismus auch aus anderen, während der faschistischen Herrschaft erschienenen, Veröffentlichungen nicht unbekannt ist.

Befremdend jedoch ist, daß der "Verein für Altertumskunde und Heimatpflege Haltern e.V.", Vorsitzender Georg Nockemann, die Herausgabe und die Schirmherrschaft über diese politisch skandalösen Aufsätze übernommen hat.

Es dürfte interessant sein zu erfahren - die Leser haben ein Recht darauf -, wer die anonym gehaltenen Mitarbeiter dieser "Erlebnisberichte" sind, mehr aber noch, welche Personen bzw. politischen Kreise den Heimatverein dazu gebracht und gedrängt haben, die Broschüre mit dem Etikett "heimatgeschichtlich von Bedeutung" in Umlauf zu bringen.

Die erneute Veröffentlichung dieser Schrift im Frühjahr 1983 wird wie folgt begründet: "Um der großen Nachfrage bei Alt-, Jung- und Neubürgern nach zeitgeschichtlichen Informationen zu entsprechen, hat sich der Verein....zu einem unveränderten Nachdruck....entschlossen."

Eine merkwürdige Vorstellung, das Informationsbedürfnis vor allem junger Menschen nach jüngster Zeitgeschichte als Wunsch nach nazistischer Beeinflussung zu deuten. Das Deckblatt der Broschüre ist eine Demontage des Marler Kunstmalers Moog. Es ist nicht schwer zu erkennen, aus welchen Quellen geschöpft wurde. (Siehe hierzu die Abbildungen 1 und 2; es könnten noch zwei weitere Vorlagen aus dem Jahr 1919 und aus der Zeit des "Kalten Krieges" herangezogen werden).

Mit derartigen Darstellungen versuchten die Faschisten, das deutsche Volk zu vergiften, um Begeisterung für den Krieg zu schaffen und die Verbrechen zu rechtfertigen.

Es überrascht nicht, in der Schrift "Halturner Schreckenstage" nicht einmal den Ansatz einer Entlarvung des menschenverachtenden nazistischen Systems zu finden, das auch in Haltern nicht ohne fühlbare Spuren vorübergegangen ist.

Aus Platzgründen möchte ich hier nur auf diejenigen "Notizen" eingehen, die sich mit den Tagen des endgültigen Zusammenbruchs und der militärischen Besetzung Halterns beschäftigen.

HALTERNER

Schreckenstage



Abb. 1



Pracuj niez mordowanie, nie słuchaj wszelkich
naszptywań, zachowuj spokój -
a żołnierz niemiecki uchroni Cię od tego losu

Antisowjetisches Plakat für Polen aus dem Jahre 1943: „Europas Schicksal! - Arbeit am erdrossen, hört nicht auf Gerüchte, bewahre die Ruhe - der deutsche Soldat erspart Dir dieses Schicksal!“

Abb. 2

Die Stadt Haltern wurde aus verschiedenen Gründen nach der Befreiung zum Sammel- punkt der vielen, aus dem Ruhrgebiet nach Norden strömenden, polnischen und sowjetischen Zwangsverschleppten und Kriegsgefangenen. Sie alle waren glücklich, das Inferno überlebt zu haben. Sie waren endlich frei und hatten nur einen Wunsch, in die Heimat zurückzukehren. Ihre Unterbringung und Ernährung war keine leichte Aufgabe. Niemand wird mit leichtem Gefühl darüber hinwegschreiten, daß vielen Halturner Bürgern für einen längeren Zeitraum die Wohnungen genommen wurden; im April 1945 wurde ein Wohngebiet von Haltern zum Sperrbezirk erklärt, die Häuser mußten geräumt werden. Erst im März 1948 erfolgte die Auflösung des Sperrbezirkes.

Entschieden müssen aber jene zurückgewiesen werden, die als einstige Stützen des Naziregimes nun in einer mehr als fragwürdigen Weise die durch den militärischen Zusammenbruch ausgelöste und oft nicht vermeidbare Unruhe und Unsicherheit dazu benutzen, einer gefährlichen Hetze gegen das polnische und das sowjetische Volk er-

neut freien Raum zu geben.

Zum Verständnis auch der Geschehnisse in Haltern ist es notwendig, kurz den geschichtlichen Hintergrund aufzuzeichnen.

Am 1. September 1939 begann der verbrecherische Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen. Nur wenige Tage zuvor, am 22. August, erklärte Hitler:

"So habe ich, einstweilen nur im Osten, meine Totenkopfverbände bereitgestellt, mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen...."

Und Himmler erklärte in einer Rede vor SS-Führern in Posen am 4. Oktober 1943:

"Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob beim Bau eines Panzergrabens 10000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.... Wir Deutsche, die

wir als einzige auf der Welt eine anständige Einstellung zum Tier haben, werden ja auch zu diesen Menschentieren eine anständige Einstellung einnehmen..."

Und diesen menschenverachtenden Hass bekamen tausende von polnischen und russischen Menschen zu spüren.

Aus der Unzahl von Zwangsverschleppten und sowjetischen Kriegsgefangenen, die von der GeStapo mit und ohne Gerichtsurteil hingerichtet wurden, sollen hier nur einige benannt werden:

Im Konzentrationslager Niederhagen, das von April 1942 bis März 1943 der GeStapo als Exekutionsstätte für Westfalen-Lippe diente, wurden 56 Menschen ermordet, davon 42 durch Erhängen und 14 durch Erschießen. Unter den 35 Sowjetbürgern befanden sich drei Frauen. Unter den fünf erhängten Polen befand sich ein 14 Jahre alter

Niemand kann so tun, als habe er nichts davon gewußt, daß sich unter den zur Zwangsarbeit Verschleppten eine beträchtliche Anzahl Jugendlicher und Kinder befand. Diese unmenschlichen Schandtaten werden zusätzlich durch die beigelegten Bilddokumente belegt.

Für jeden Deutschen war es erkennbar geworden, daß es mit dem Ende des Krieges nach so viel Verbrechen zwangsläufig zu Ausschreitungen kommen würde. Die Voraussetzungen hatte das faschistische System mit seinen barbarischen Maßnahmen geschaffen.

Über solche Ausschreitungen wird nun in den "Notizen" geplaudert. Ich zitiere einige Passagen, die den rassistischen Haß gegenüber den polnischen und sowjetischen Fremdarbeitern belegen.

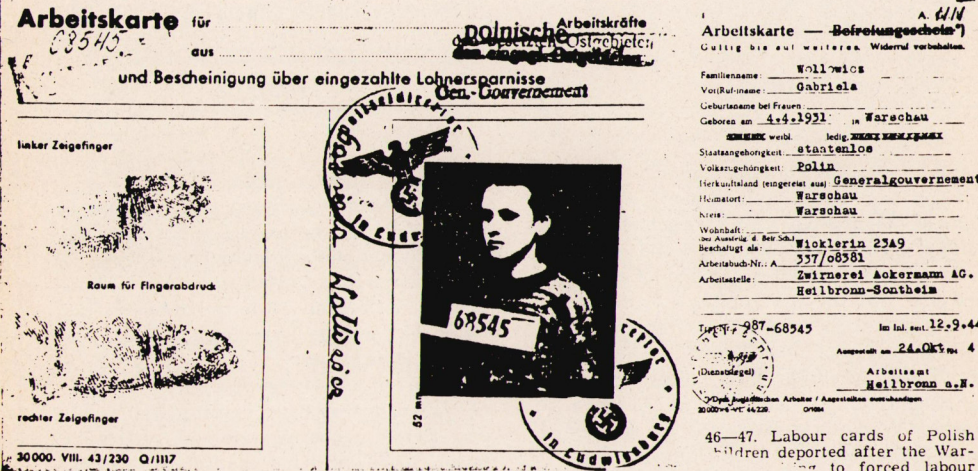


Abb. 3

Junge. Eine 22 Jahre alte Sowjetbürgerin wurde durch "Erstickten", d.h. Erhängen, getötet. Als Grund wurde "Gehorsamsverweigerung" angegeben. Sie hatte sich gegen ihren deutschen Chef, gegen seine handgreiflichen Annäherungsversuche, mit einem Bügeleisen zur Wehr gesetzt und ihn so verletzt, daß er an den Folgen starb. Die Hinrichtung wurde von der GeStapo im Lager vorgenommen.

"2. April. Die unmittelbare Todesdrohung ist in diesen Tagen nicht mehr vorhanden. Dafür steht die ganze Stadt unter der Furcht vor den plündernden Horden, die überall auf Beute aus sind. Vorläufig wurde alles überschattet von den Greueln, die von einer rachsüchtigen und unbarmherzigen Meute an der Bevölkerung....verübt wurden, bis der 24. März 1948 die endgültige Befreiung brachte."

"Bestien am Werk" ist ein Abschnitt benannt:

"Wer mit einem Fahrrad unterwegs war und den Räufern begegnete,....konnte froh sein, wenn er sein Leben behielt(....)Man muß die haßverzerrten Gesichter dieser Unmenschen gesehen haben, um zu wissen, in welcher gefährlicher Lage sich damals die Halterner Bevölkerung gegenüber den zu allem entschlossenen Fremdvölkern befand."

Und so geht die rassistische Hetze seitens weiter, wird von "bloßer Mordlust", "Raubgesindel", "Mordbuben", "Polnische(n) Mordgesellen", "Raubtaten der Ausländer", "Tiefstand der Kultur, der uns Deutschen unverstänglich ist", gesprochen.

Ausgerechnet die faschistischen Greuel-taten zeugen also von "deutscher Kultur"!

Eine besonders perfide Note bekommt die Hetze, wenn sie sich nicht nur gegen Polen allgemein, sondern sogar gegen die bekanntermaßen tiefe Glaubensverbundenheit der polnischen Katholiken richtet:

"Wir haben die Triebhaftigkeit dieser Menschen, die nicht nur in den bereits geschilderten Haß- und Rachegefühlen, in der Umkehr der Eigentumsbegriffe zum Ausdruck kam, sondern sich auch in den sittlichen Zuständen im Ausländerlager äußerte - die Zahl der ehelichen überstieg fast die Zahl der ehelichen Geburten -, zur Genüge kennengelernt....diesem angeblich christlich-fremden Volke."

Das Ganze mündet in eine fast nicht mehr zu ertragende Schmähdflut:

"Um sie dann endlich zu überwinden, als der letzte Pole unseren Heimatboden, den er so oft geschändet hatte, verließ,....als unsere Söhne und Brüder, waffenlos und ohnmächtig, von den Söhnen der Steppe gejagt wurden..."

Beim Lesen solcher Zeilen frage ich mich, insbesondere angesichts des 1. September 1939, angesichts der unermeßlichen Verbrechen des Hitlerfaschismus am polnischen und am sowjetischen Volk: Ist es nur einen Tag länger zu dulden, daß eine Broschüre wie die "Halterner Schreckenstage" mit Billigung der Stadt Haltern herausgegeben wird? Ich meine, daß sie umgehend eingestampft und nie wieder aufgelegt werden darf - stattdessen sollten wir fortfahren im Geist der Versöhnung, wie er von den Veranstaltern der Halterner Friedenswochen im vergangenen Jahr eingeschlagen worden ist.

Hermann Bogdal



Abb. 4

Für die Foto- und Dokumentenangabe wurden folgende Quellen benutzt:

Die Tragödie der Kinder unter der Naziherrschaft

Zachodnia agencja Prasowa, Poznan/Warszawa 1962

Wir haben es nicht vergessen! 1939-1945
Polonia Verlag, Warszawa 1960

Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Pahl-Rugenstein Verlag 1975

Wewelsburg 1933 bis 1945 Kult- und Terrorstätte. Eine Dokumentation. Verlag Bonifatius-Druckerei Paderborn 1982

Anmerkung der Redaktion:

Der Verfasser hat aktiv am antifaschistischen Widerstand gegen das Nazi-Regime teilgenommen.

Er ist mit der politischen Entwicklung nach 1945 im Gebiet Recklinghausen vertraut.

Hermann Bogdal ist Autor der Buchreihe "Rote Fahnen im Vest".

9. LANDESWEITE KONFERENZ ANTIFASCHISTISCHER INITIATIVEN UND ORGANISATIONEN NORDRHEIN-WESTFALEN

Am 17. September findet in der Gustav-Heinemann-Gesamtschule in Essen die 9. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW statt.

Eine solche Konferenz hat erstmals 1984 stattgefunden und ist ein Treffen von Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die gegen Faschismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit arbeiten.

Die Konferenzen dienen einerseits dem Erfahrungsaustausch und der Informationsweitergabe, andererseits dem Erarbeiten von Ansätzen gemeinsamer Strategien im antifaschistischen Kampf und der Koordination gemeinsamer Aktionen von Gruppen mit unterschiedlichen Zielsetzungen.

Insbesondere in der Frage der PRAXIS haben sich in den vergangenen Jahren die antifaschistischen Kräfte in NRW relativ selten zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden, während im Bereich der theoretischen Arbeit und Auseinandersetzung von allen Beteiligten eine größere Regsamkeit zu verspüren war (Broschüren, Zeitschriften, Flugblätter etc.)

Neben Ansätzen einer Kampagne zum Verbot der FAP (Freiheitlichen Arbeiterpartei), Forderungen nach Nichtzulassung von faschistischen Organisationen zu Wahlen und dem gemeinsamen Versuch, NPD-Parteitage landesweit zu behindern, gab es zwei größere landesweite Demonstrationen, eine in Duisburg und eine in Düsseldorf.

Während auf der einen Seite die Entwicklung eines breiten antifaschistischen Widerstandes in allen möglichen Formen noch immer relativ unentwickelt ist, hat der Neofaschismus in den vergangenen Jahren ständig an Boden gewonnen, und zwar in breiteren Bevölkerungskreisen, sodaß eine nationalistisch und rassistisch ausgerichtete Massenbewegung ähnlich der Front National in Frankreich nicht mehr unwahrscheinlich ist.

Deshalb kommt den Bestrebungen dieser Konferenz in Essen, Weichen zu stellen für eine spürbare Verbreiterung des antifaschistischen Widerstands, große Bedeutung zu.

Sie versteht sich als eine eher vorbereitende Besprechung für eine im Februar 1989 stattfindende ausführliche Strategiekonferenz der antifaschistischen Bewegung in NRW.

Vor allem die anstehenden Europa- und Kommunalwahlen werden von den AntifaschistInnen (wie von den Faschisten) als Gradmesser der Kräfteverhältnisse in unserer Republik angesehen.

Die FaschistInnen setzen insbesondere auf einen Durchbruch bei den Europa-Wahlen und versuchen (aller Wahrscheinlichkeit nach) über eine gemeinsame faschistische Liste ähnlich der Liste D bei den Bremer Wahlen in das Europaparlament zu kommen.

Die Antifa-Konferenzen haben nicht mehr und nicht weniger als die Aufgabe, geeignete politische Strategien und Taktiken zu entwickeln, um dies zu verhindern.

Den verschiedenen Arbeitsgruppen kommt dabei die Aufgabe zu, den Kenntnisstand aller organisierten AntifaschistInnen zu vertiefen und Elemente für gemeinsame Abschlusserklärungen zu entwickeln, die auf der am Nachmittag stattfindenden gemeinsamen Besprechung im Plenum verabschiedet werden sollen.

KURDISTAN



I. Historische Entwicklung

Die Kurden sind, wie die Perser, ein altes, zur indogermanischen Sprachfamilie gehörendes Volk.

Sie haben sich lange Zeit vor der Arabisierung von Syrien und Irak und vor der Einwanderung der Türken nach Kleinasien im Mittleren Osten angesiedelt.

Das kurdische Siedlungsgebiet erstreckt sich über fünf Staaten:

Türkei (ca. 10 Mio.), Iran (ca. 6,4 Mio.), Irak (ca. 3,6 Mio.), Syrien (ca. 900000); größere Minderheiten leben auch in der Sowjetunion (ca. 300000).

Insgesamt gibt es etwa 21,2 Millionen Kurden. Sie stellen in den jeweiligen Ländern Minderheiten dar, die gadenlos verfolgt, verjagt oder getötet werden.

Seit dem Ende des 1. Weltkrieges bis heute gab es in allen Teilen Kurdistans Versuche kurdischer Nationalbewegungen, das Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk durchzusetzen.

II. Die Entwicklung der Kurden in den einzelnen Staaten:

1. Türkei: In den 20er und 30er Jahren wurden mehrere hunderttausend Kurden unter Atatürk und seinen Nachfolgern ermordet oder deportiert. Seither wurde jede kulturelle oder politische Regung konsequent verboten. Verboten ist alles, was im Zusammenhang mit Kurden steht. Selbst der Name "Kurde" muß durch die Bezeichnung "Bergtürke" ersetzt werden. Gründe für die Verfolgung sind politische, ideologische und wirtschaftliche.

Seit dem Militärputsch von 1980 wurde die Verfolgung noch intensiviert, zahlreiche Kurden inhaftiert und viele Todesurteile ausgesprochen. Die kurdische Widerstandsbewegung in der Türkei besteht aus unterschiedlichen Fraktionen. Am bedeutendsten sind die Kurdische Arbeiterpartei (PKK), die Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistans und KOMKAR.

2. Syrien: Die Kurden Syriens bilden 10% der Bevölkerung und bewohnen die drei nördlichen Regionen, die direkt an Türkisch-Kurdistan angrenzen.

1957 wurde die Kurdische Demokratische Partei Syriens (KDP) gegründet. Sie trat ein für Landreform und kulturelle Autonomie. 120000 Kurden wurde die syrische Staatsangehörigkeit genommen, es begannen massive Vertreibungen. 1976 wurden diese gestoppt, die Unterdrückung von Sprache, Kultur und Identität wird jedoch fortgesetzt.

3. Irak: Im Irak wird unter der seit 1968 regierenden Baath-Partei die kurdische Minderheit (28% der Bevölkerung) brutal unterdrückt. 1946 war die "Kurdische Demokratische Partei/Irak" (KDP) illegal gegründet worden. 1958 wurde die KDP nach dem Sturz Kassims legalisiert und die Rückkehr des Kurdenführers Barzani aus dem sowjetischen Exil begrüßt. Der Wiederbeginn der Kurdenverfolgungen führte 1961 zur Bildung der Kurdischen Befreiungsbewegung, die bis 1975 von 1000 auf 50000 bewaffnete Kämpfer angewachsen war. Diese Nationalbewegung kontrollierte zwischen 1964 und 1975 etwa die Hälfte Irakis-Kurdistan. Die irakische Regierung bombardierte immer wieder kurdische Dörfer, führte Erschießungen von Gefangenen und Massaker unter der Zivilbevölkerung durch. Die massive sowjetische Aufrüstung der irakischen Armee und ein Abkommen zwischen dem Irak und dem iranischen Schah-Regime (1975) führten zum Abbruch der iranischen Unterstützung für Barzani, dem Zusammenbruch der kurdischen Befreiungsbewegung und der Flucht von mehreren 100000 Kurden in den Iran. Eine neue kurdische Widerstandsbewegung besteht heute aus mehreren Gruppen, darunter vor allem die Patriotische Union Kurdistan (PUK) und die KDP.

4. Iran: Der Einmarsch britischer und sowjetischer Truppen in Iran 1946 schwächte die Diktatur des Schahs. Am 24. Januar 1946 folgte die Gründung der ersten kurdischen Republik im Norden Iranisch-Kurdistan mit ca. 1 Mio. Einwohnern unter Präsident Quazi Mohammed, militärischer Führer war Mustapha Barzani.

Im Dezember 1946 wurde die Kurdische Republik durch iranische Truppen zerstört, ihre Führer hingerichtet; die Barzani-Truppen mußten sich nach langen Kämpfen mit der iranischen und irakischen Armee ins sowjetische Exil zurückziehen (18.5.1947)

Seither litten die Kurden des Iran unter der Repression des Schahregimes. Nach dem Sturz des Schah-Regimes entstanden neben der KDP weitere kurdische Gruppen wie die KOMALA. Der kurdische Widerstand hält an. Der iranisch-irakische Krieg hat die Situation der Kurden in beiden Staaten weiter verschlechtert.

III. Interessen der BRD an Türkisch-Kurdistan

Das Land in der Ost-Türkei hat Kohle-, Kupfer-, Silber, Erdöl-, Chrom- und Eisenerzvorkommen.

Wo es was zu verdienen gibt, sind natürlich westdeutsche Konzerne nicht weit entfernt. Das Projekt "GAP" besteht aus 13 regionalen Bewässerungs- und Energievorhaben, die die türkische Regierung entwickelt hat.

Nach Informationen des KURDISTAN-Komitees (in der Türkei verboten) sind Daimler-Benz, AEG, Mannesmann und Siemens an dem Projekt beteiligt.

Im Gebiet des GAP-Projektes leben 3,6 Mio. Kurden, deren Verdienst 44% niedriger liegt als in den türkischen Gebieten.

Das Projekt hat zur Folge, daß nur einige Agas, die türkische Regierung und die oben genannten Konzerne davon profitieren, aber ca. 90% der dort lebenden Kurden ausgebeutet werden.

IV. Die Behandlung der kurdischen Flüchtlinge in der BRD

Es verwundert nicht allzusehr, daß die Bundesregierung alles tut, um die kurdischen Vereine in der BRD zu unterdrücken, zu verfolgen und jede Unterstützung für den kurdischen Befreiungskampf zu verbieten. Betroffen sind vor allem kurdische Organisationen wie die PKK, KOMKAR und FEYKA-Kurdistan, die sich in der BRD gegen die systematische Vernichtung der Kurden durch die türkische Regierung einsetzen.

Es wird versucht, diese Organisationen durch die Zusammenarbeit des türkischen Geheimdienstes (MIT) mit westdeutschen Geheimdiensten zu zerschlagen. Ende Juni 1987 erschienen Flugblätter im Namen von KOMKAR, die der PKK vorwarfen, in der Osttürkei Völkermord zu betreiben. Die Flugblätter sind an KOMKAR, TKP und ERNK gerichtet gewesen. Nach Gesprächen zwischen den kurdischen Organisationen der BRD stellte es sich heraus, daß es Fälschun-

gen des MIT (des türkischen Geheimdienstes) waren. Bemerkenswert ist, daß der MIT über Privatadressen in der BRD verfügt. Ähnliche Fälschungen seitens des MIT, die die Widersprüche zwischen kurdischen und türkischen Organisationen zu schüren versuchen, werden immer wieder in Umlauf gebracht.

Um die Vorgehensweise des türkischen Geheimdienstes zu beschreiben, zitieren wir den MIT-Obersten Kelicen in Diyarbakir (Stadt in der Türkei): "Für uns besteht das Problem nur in der Personifizierung des Einzelnen. Es ist für uns kein Problem, dem Gericht, wenn nötig, Zeugen oder Beweise vorzulegen." (Aus einer Broschüre der Organisation der "Antifaschistischen Plattform")

Entlarvend sind auch die Worte K. Inans, Abgeordneter im türkischen Parlament, gegenüber einer türkischen Zeitung: "Im Grunde sind die staatlichen Nachrichtendienste (gemeint ist der MIT, die Red.) die einzigen wirksamen Mittel. In der Türkei gibt es einen einseitigen Nachrichtendienst. Die MIT ist so wie das FBI. Eine Organisation wie die CIA, die für die äußere Sicherheit sorgt und dementsprechend mit Geld und Personal ausgerüstet ist, fehlt uns. Das ist dringend nötig." (Quelle: Spezialkrieg in Kurdistan, Agri-Verlag, Köln 1987, S. 244f.)

Dem türkischen Militärregime werden Jahr

für Jahr Unterstützungen bewilligt, genannt Westdeutsche Polizeihilfe. Im Zeitraum von 1985-1987 rangiert die Türkei mit insgesamt 3 Mio. DM an der Spitze der Empfängerländer. Es werden auch westdeutsche Daimler-Unimogs zur Verfügung gestellt und westdeutsche G-3-Gewehre der Rüstungsfirma Heckler & Koch in der Türkei in Lizenz gefertigt.

All das hilft mit, daß Kurden ermordet, gefoltert und verfolgt werden!

Neben den Schikanierungen und unbegründeten Verhaftungen von Kurden in der BRD ist seit dem 5. Mai 1988 jegliche Veranstaltung von FEYKA-Kurdistan zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes in Bayern verboten.

Die Kurden sind heute weltweit verfolgt. Umso wichtiger ist es, daß endlich diesem Volk, das seit Jahrzehnten um seine Befreiung kämpft, Solidarität entgegengebracht wird. Was können wir in der BRD tun?

- über die Situation der Kurden informieren
- den Abbruch der westdeutschen Militärhilfe und der Waffenexporte an Irak und die Türkei fordern

- kurdische Organisationen unterstützen
- für die neuentstandene kurdische Minderheit in der BRD (mehr als 300000 Menschen) und ihre Vereine eintreten.

Attatrol

Buchladen GmbH

• Papierwaren •

• Postkarten •

• Bücher •

ANZEIGE



partner der
büchergilde gutenbergs

• Herner Str./Ecke Paulusstr. •

• 4350 Recklinghausen •

• Tel. 02361-17002 •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

11

Brief aus dem Gefängnis

Yasemin Gedik ist eine der dreizehn inhaftierten kurdischen FreiheitskämpferInnen. In einem Brief aus der Justizvollzugsanstalt Brackwede-Bielefeld schreibt sie:

Ich bin seit vier Monaten und drei Wochen in Haft. Vorher war ich im Gefängnis in Essen. Dort war ich ca. 23 Tage. Danach war ich, wie ihr wahrscheinlich wißt, fünfzehn Tage im Krankenhaus.

Am 28. April bin ich nach hier verlegt worden. Die Gründe dafür sind mir unbekannt. Die momentane Situation ist, daß ich meine eigene Kleidung trage und in der Woche drei bis vier Mal abends fernsehen kann. Das wurde mir vorher drei Monate verboten.

Es wird mir verboten, Bücher und Zeitschriften bei Buchhandlungen in der Bundesrepublik (welche türkische Zeitungen verkaufen) zu bestellen. Ich lese die türkischen Bücher aus der Gefängnisbibliothek. Das Niveau dieser Bücher kann mich allerdings nicht befriedigen.

Aufgrund der Haftbedingungen in der Türkei habe ich gesundheitliche Schäden und Probleme. Diese Schäden lassen sich zum Teil korrigieren, andere sind irreparabel. Diese Schäden werden mich mein ganzes Leben begleiten. Deswegen lohnt es sich nicht mehr, darüber zu reden.

Die Prozeßsituation ist noch völlig unklar. Im Mittelpunkt steht selbstverständlich, daß es zu den Anschuldigungen keinerlei Beweise gibt. Die Untersuchung wird fortgeführt mit an den Haaren herbeigezogenen Beschuldigungen, die niemals beweisbar sein werden. Mit diesem Prozeß werden sie sich letztendlich selbst Schwierigkeiten einhandeln. Was werden sie der Weltöffentlichkeit, dem eigenen Volk und dem kurdischen Volk sagen, wie erklären sie, daß es ihre Sorge ist, ihr Prestige zu verlieren?

Sie haben sich geirrt, bei dem Versuch uns zu isolieren, und sie müßten erkennen, daß man mit Wahrheiten nicht spielen kann.

Die Versuche, den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan zu verleumden, müssen an der Entwicklung des Befreiungskampfes scheitern.

Kemal Altun lebt in unserem Kampf weiter

Am 30. August 1983 stürzte sich Cemal Kemal Altun aus einem Fenster des 6. Stockwerkes des Berliner Verwaltungsgerichtes, nachdem die Richter seine Abschiebung an das Folterregime in der Türkei verfügt hatten.

Obwohl den bundesdeutschen Behörden bekannt war, daß Kemal aktiv in der linken Organisation Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) Widerstand geleistet hatte und seither von den faschistischen Militärs verfolgt wurde, sollte er ausgeliefert werden.

Zahlreiche Organisationen haben angekündigt, den 5. Todestag mit einer Veranstaltung auf dem Hamburg-Altonaer Kemal-Altun-Platz zu begehen. Gleichzeitig soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß sich trotz des Todes von Kemal Altun an der bundesdeutschen Asylpraxis wenig geändert hat. So reicht es in Bayern schon aus, daß ein Asylbewerber sich weigert, Schweinefleisch zu essen, um als Asylbewerber abgewiesen zu werden. Motto: "Wer nicht bereit ist, aus Angst Schweinefleisch zu essen, der wird auch nicht verfolgt!"

Auch die Praxis Hamburgs kann jederzeit Asylbewerber in den Tod treiben. Zwei Beispiele:

Ein junger Kurde stellte in Hamburg einen Asylantrag. Während der Bearbeitung wird er in eine Unterkunft in Bad Reichenhall eingewiesen, die gleichzeitig als Touristenpension genutzt wird. Während die Touristen gut behandelt werden, setzt man ihm den letzten Fraß vor und läßt keine Schikane aus. "Lieber aufrecht in Kurdistan sterben als sich langsam in den Selbstmord treiben lassen", dachte der Kurde und reiste illegal in die Türkei ein, wo er sich einer Widerstandsgruppe anschloß. Als die Gruppe nach einem halben Jahr in Kurdistan aufgegeben war und sein Name der Polizei bekannt geworden war, flüchtete er wieder in die Bundesrepublik. Dort stellte man sich bei der Bearbeitung seines Asylantrags erneut quer. "Wir glauben nicht, daß er überhaupt weg war", so die menschenverachtende Behördenignoranz.

Ein junger Palästinenser befand sich elf Monate in Abschiebehäft, weil sich die libanesischen Botschaft weigerte, seinen Paß anzuerkennen.

Irgendwann wurde er den bundesdeutschen Behörden zu lästig, und man schob ihn kurzerhand nach Beirut ab. Die Behörden verweigerten jedoch die Einreise, sodaß er über Umwege wieder in Hamburg landete. Wieder in den Knast. Dann drückte man ihm einen Zwanzig-DM-Schein und eine Fahrkarte nach Spanien in die Hand, doch wegen nicht vorhandener Aufenthaltserlaubnis endete die Fahrt an der Grenze. Sechs Wochen Abschiebehäft. Dann setzten die Ausländerbeamten den Palästinenser mit Flugticket, Fremdenpaß und dreimonatiger Aufenthaltserlaubnis ausgestattet in eine Maschine nach Barcelona. In Spanien lebte er solange zufrieden, bis er nach Ablauf der drei Monate bei einer Kontrolle aufgegriffen wurde: Keine Aufenthaltserlaubnis, aber deutschen Fremdenpaß - zurück an die französische Grenze Richtung Bundesrepublik. Zwar versuchte er noch kurzfristig, in der Schweiz unterzutauchen, doch auch dort wurden die Behörden nach einigen Monaten aufmerksam, sodaß er über Basel wieder in die Bundesrepublik abgeschoben wurde. Erst jetzt, als ihm eine Rechtsanwältin beigeordnet wurde, hat sich der Mann wieder einigermaßen gefangen. - Alltag für Asylbewerber in der Hansestadt.

(aus: TAZ-Hamburg vom 26.8.1988)

ANZEIGE

"Bücherladen"

unsere Themen von
A-Z:

- | | | |
|-------------------------|-------------------|---------------------------------------|
| Ausländer | Reonazismus | ... und |
| Biologisches Bauen | Ökologie | - jede Menge Kinder- und Jugendbücher |
| Chemie in Lebensmitteln | Politik | - Frauen- und Männerliteratur |
| Dritte Welt | Reisen | - Zeitschriften |
| Entwicklungspolitik | Sanfte Energien | - Plakate |
| Faschismus | Trampen | - Postkarten |
| Geschichte | Umweltschutz | - Umweltschutzpapier |
| Heilkräuter | Vollwerternährung | |
| Indianer | Waldsterben | |
| Kriegsgefahr | Yoga | |
| Liebe | Zukunft | |
| Medien | | |

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Hochstr. 12
4370 Marl
(02365/ 13448)

Schaut mal rein!



Reaktionen auf die geplante Änderung der Ausländergesetze
Stichwort: Zimmermann-Vorschläge

In der vergangenen Ausgabe der **AntiFaZ** haben wir die wesentlichen Punkte der neuen Ausländergesetzgebung (bzw. der Pläne) dokumentiert. Diese Pläne sind insbesondere dadurch gekennzeichnet, daß sie die Tatsache leugnen, daß die BRD seit Jahren ein Einwanderungsland geworden ist. Keine Anerkennung als Einwanderer bedeutet letztlich Aberkennung irgendwelcher Bürgerrechte für Ausländer. Es gab eine Reihe von Reaktionen auf diese Pläne, von denen wir einige auszugsweise dokumentieren wollen.

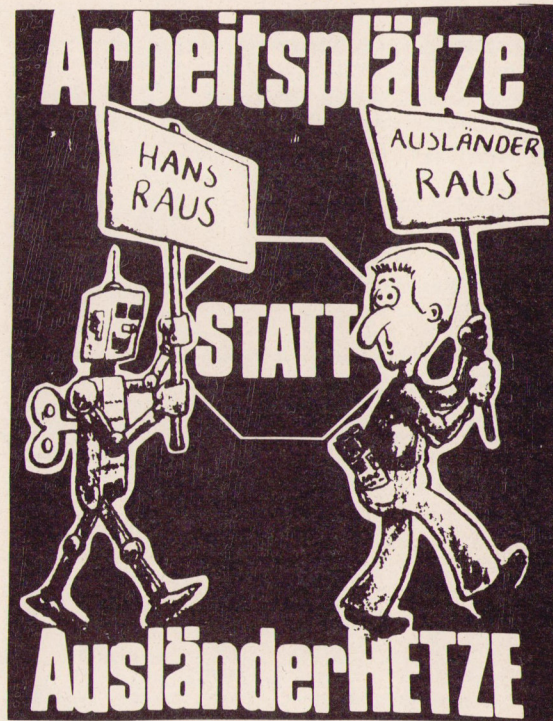
Die CDA (Christ-demokratische Arbeitnehmer) schreiben unter der Überschrift "Unser Leitbild - zwischen Nationalstaat und offener Republik":

"Die repräsentative Demokratie geht von den Grundsätzen der Selbstbestimmung und der Gleichwertigkeit aller Menschen aus und gesteht deshalb den Menschen das Recht auf Freizügigkeit zu. Doch Verfassung und Selbstverständnis der Bundesrepublik enthalten auch die Bindung an den Nationalstaatsgedanken.

Die Bundesrepublik Deutschland wird als Übergangslösung bis zur Wiederherstellung eines einheitlichen Staates aller Deutschen verstanden. Und als Deutsche gelten die Menschen, die durch Abstammung, gemeinsame Geschichte und Spra-

che zum deutschen Volk gehören. Aber die wachsende Verflechtung der modernen Industriestaaten untereinander, die faktisch endgültige Einwanderung von Millionen Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland und die Perspektive der vollständigen Freizügigkeit

bild des Nationalstaates nicht zu erwarten. Eine Zuwanderung von Menschen, die nicht deutscher Abstammung sind, wird daher auch in den kommenden Jahrzehnten nur begrenzt möglich sein. Die Bundesrepublik wird auf absehbare Zeit kein Einwanderungsland werden."



auch in einer sich ausdehnenden europäischen Gemeinschaft relativieren dieses Leitbild des deutschen Nationalstaates mit ausschließlich deutschem Staatsvolk. Trotzdem ist wegen der offenen deutschen Frage auf absehbare Zeit ein Abgehen von diesem Leit-

Die FDP billigt in ihrem "Positionspapier" vom 2. Februar 1988 zwar nicht ausdrücklich das Faktum der "Einwanderung", spricht aber immerhin von Daueraufenthalt von Ausländern:

"Der Anwerbestop von 1973 bedeutete für Ausländer aus Nicht-EG-

Staaten, daß sie nicht mehr in die Bundesrepublik zurückkehren konnten, wenn sie sie verlassen hatten...Darum entschieden auch viele, zunächst in der Bundesrepublik zu bleiben und nun ihre Familien zu holen. Das gilt insbesondere für die Türken. Wir können und wollen diese Mitbürger nicht einfach zurückschicken. Wir sehen, daß die Ausländer nicht Ursache, sondern besonders Betroffene der derzeitigen wirtschaftlichen Lage sind. Es ist daher selbstverständlich, daß wir auch weiterhin Verantwortung für die ausländischen Mitbürger tragen und uns für die Verbesserung ihrer Situation einsetzen. Schwerpunktmäßig geht es darum, die Voraussetzungen für eine Integration zu schaffen. Wir werden uns für eine Integration einsetzen, die die Gleichberechtigung der bei uns lebenden Ausländer in den Bereichen Wohnen, Schule, Ausbildung und beruflicher Tätigkeit zum Ziel hat."

Bezeichnenderweise geht es auch hier nicht um gleiche politische Rechte (Wahlrecht, etc.), sondern allein um "Integration". Für die "politische Mitwirkung" hat die FDP nur wenige Zeilen übrig:

"Den ausländischen Mitbürgern dürfen die Teilnahme und Mitwirkung an der politischen Willensbildung nicht grundsätzlich vorenthalten werden. In Betracht kommt:

- in allen Gemeinden und Kreisen Ausländerbeiräte und Ausländerausschüsse einzurichten, die regelmäßig einzuberufen sind und zu allen kommunalpolitischen Fragen Stellung nehmen können,
 - ein kommunales Wahlrecht für Ausländer auf EG-Ebene ist auf Gegenseitigkeit anzustreben."
 Das spricht für sich, wenn also den türkischen Mitbürgern, denen anfangs

sache des jahrelangen Aufenthaltes von Ausländern in der BRD als Anlaß, um deren Integration für wünschenswert zu erklären - was im Übrigen auch in den Zimmermann-Vorschlägen angelegt ist. Auch die SPD ist nicht bereit, von der Tatsache der Einwanderung auszugehen, was auch eine zukünftige Gleichbehandlung einwandernder Ausländer einbezüge - hier ist



Das Grundrecht auf Asyl wird mehr und mehr ausgehöhelt

noch quasi der Daueraufenthalt zugesprochen wird, nicht einmal ein kommunales Wahlrecht zugesprochen werden soll! Auch die SPD nimmt, ähnlich wie die FDP, die Tat-

die SPD mit den anderen einig, daß der Anwerbestop aufrechtzuerhalten sei und Rückkehrhilfen erteilt werden sollten. Der Beschluß des Parteivorstandes vom 8. Februar 1988 formuliert:

"Die Forderung der Sozialdemokratischen Partei nach sozialer Integration derjenigen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien, die auf Dauer in der Bundesrepublik leben wollen, gewinnt durch die Entwicklung der letzten Jahre und durch die gegenwärtige öffentliche Diskussion an Dringlichkeit. Politische Aussagen und Pläne aus dem Bereich des Bundesinnenministeriums verstärken die Probleme des gutnachbarlichen Zusammenlebens zwischen Deutschen und Ausländern, sie fördern ausländerkritische und ausländerfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung und tragen zur Verunsicherung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien bei. Bewußt übersehen wird dabei, daß nahezu die Hälfte der Ausländer schon länger als 10 Jahre in der Bundesrepublik arbeitet, sie haben also den Mittelpunkt ihres Lebens zu uns verlegt, werden also erfahrungsgemäß nur in wenigen Fällen zur Rückkehr in ihre Heimatländer bereit sein. Von Gesetzes wegen stünde ihnen die Möglichkeit der Einbürgerung zu. Hiervon machen jedoch - nicht zuletzt wegen zu hoher Gebühren und eines abschreckenden Verwaltungsverfahrens - bis her wenige - nur etwa 0,8% - Gebrauch." Immerhin spricht sich die SPD, was die politischen Rechte betrifft, für das kommunale Wahlrecht aus:

"Aufenthaltsberechtigten ist das aktive und passive kommunale Wahlrecht zu gewähren." Am weitestgehenden kritisieren die Grünen von den im Bundestag vertretenen Parteien die Zimmermann-Entwürfe. In ihrer "Stellungnahme zu Zimmermanns Gesetzentwurf zur Neuregelung des Ausländergesetzes" heißt es: "Offen und unverhohlen predigt Zimmermann nationalistischen Chauvinismus und erhebt die rassistische Klassifizierung von Menschen in solche mit höherer und andere mit niedrigerer Wertigkeit zur ideologischen Grundlage und Legitimation bundesdeutscher Politik. (...)" - Das "Ausländerintegrationsgesetz"(AIG) sieht minimale Verbesserungen für eine verschwindend kleine Minderheit vor - die Mehrheit auch der lange hier lebenden AusländerInnen und ihrer Familienangehörigen wird durch das Gesetz weiter ausgegrenzt. - Das Ausländeraufenthaltsgesetz(AAG) regelt eine national-chauvinistische Abwehrpolitik: weitgehende Abschottung der Bundesrepublik gegenüber Flüchtlingen; rigide Drosselung des Familiennachzugs; Assimilationszwang bei langjähriger aufenthaltsrechtlicher Unsicherheit und Einführung des Rotationsprinzips für künftig anzuwerbende Arbeitskräfte."

Die Grünen charakterisieren die neuen Gesetzesentwürfe als 1.reaktionär, 2. nationalistisch und chauvinistisch und 3. rassistisch. Über die hinter diesen Gesetzentwürfen steckende Absicht heißt es: "Dahinter steht die Absicht, fremdenfeindliche Wählerpotentiale zurückzugewinnen, die bei den Landtagswahlen in Bremen und Baden-Württemberg an rechtsradikale Splitterparteien gingen und die Zimmermanns CSU sowie Teile der CDU durch einen nationalistischen und rassistischen Kurs in die Regierungsmehrheit reintegrieren wollen." Insgesamt bleibt hervorzuheben, daß (sicherlich auch bedingt durch das Sommerloch) noch wenig Widerstand, einzelne Proteste ausgenommen, entstanden ist. In diesem Herbst muß eine breite Bewegung des Protestes entstehen, die kirchliche, gewerkschaftliche, politische und institutionelle Gruppen umfaßt. Insbesondere die "Wochen des ausländischen Mitbürgers" und der "Tag des Flüchtlings" am 1.10.88 sollen hierzu genutzt werden.



PROVINZNACHRICHTEN

Asylbewerber Hetze in Recklinghausen

Alljährliche Kampagne der Rechten im Sommerloch

Am 4. Juli hatte der Recklinghäuser "Sozial"-Dezernent Theo Ramhorst in der Ratssitzung angekündigt, er werde bald einen "Dringlichkeitsbeschuß des Rates zur Beschaffung von Wohncontainern anfordern, um die katastrophale Raumnot bei der Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern sowie Sinti und Roma (Zigeuner) zu lindern". Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde spontan eine "interfraktionelle Arbeitsgruppe" gegründet. Ihr gehörten die Ratsmitglieder Budschun (SPD), Kraleman (SPD), Stemmer (CDU) und Goldbach (Grüne) an. Die Recklinghäuser WAZ schreibt daraufhin am 6.7.88:



"Starker Zustrom von Aussiedlern und Asylanten macht Kauf von Wohncontainern notwendig."

Alle scheinen sich einig, die Presse stößt kritiklos in das gemeinsame Horn: "Wohncontainer" seien die einzige "Lösungsmöglichkeit".

Am 14.7. geht es dann in der WAZ in die Vollen: "Container für neue Asylanten" werden (mit Bild) vorgestellt, "Es gibt schon Angebote von Firmen", "Der Standort darf für keinen Stadtteil tabu sein" (sagte Bürgermeister A. Bönte). Die WAZ schürt kräftig Asylbewerberhetze und leitet: "Roma bereiten größte Sorgen".

Ihr Redaktionsrechts-
außen K. Michelt

Als Mitglieder der "kleinen Kommission", die dies, so scheint es zumindest zu diesem Zeitpunkt, beschlossen hat, werden nur noch die Herren Budschun, Stemmer und Kralemann genannt, der Grüne scheint sich entfernt zu haben, was auf die Initiative der Grünsprecherin A. Wolschendorf zurückzuführen sein dürfte. Diese wendet sich am 10.7. an die Recklinghäuser Zeitung:

"Tiefste Empörung hat in den Reihen der Grünen die Absichtserklärung der Verwaltung ausgelöst, Asylbewerber in Containern unterzubringen."

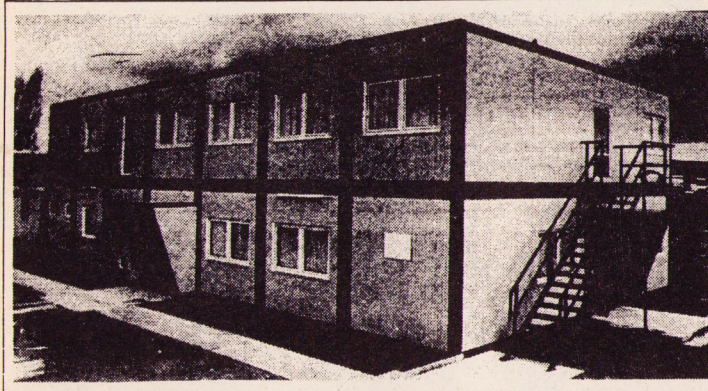
Die Recklinghäuser Zeitung zitiert: "Wer Zigeu-

pfercht werden. Oder sollte in deren Nationalzugehörigkeit oder in der hier erwähnten besonderen Zusammenstellung nach Meinung von Frau Wolschendorf noch eine besondere Qualität der Explosivkraft stecken?

Frau Wolschendorf macht außerdem einen zumindest sehr problematischen "Lösungs"-Vorschlag:

"Notfalls müssen freistehende Wohnungen dann eben beschlagnahmt werden."

Das knüpft scheinbar populär am Ärger vieler Wohnungssuchender über leerstehende Wohnungen an, übergeht aber locker die Eigentumsfrage ("beschlagnahmen") und zielt auch in die falsche Richtung, denn die "Lösung"



Container für neue Asylanten

Die Stadt steht vor einem Problem. Sie muß sogenannte "Wohncontainer" für neue Asylanten anschaffen. Es gibt schon mehrere Angebote von Firmen. Eine Container-Reihe (nebenstehendes Foto) kostet eine Menge Geld. Von einer fünfstelligen Summe ist die Rede. "Der Standort darf für keinen Stadtteil tabu sein," sagte BM August Bönte in der letzten Ratssitzung. Eine kleine Kommission (Budschun, Stemmer, Kralemann) soll sich darum kümmern.

waz-Bild: Finger

schreibt: "Ein 'Reihenhäuschen', denn so primitiv, wie es sich anhört, sind diese Fertigbauten nicht, kann eine fünfstelligen Summe verschlingen".

Dann zitiert Michelt den mehr als zynischen Satz Ramhorsts:

"Das sind alles Menschen aus Fleisch und Blut. Daran müssen wir immer denken."

ner, Orientalen und Afrikaner auf engstem Raum und unter primitivsten Bedingungen zusammenpfercht (...), darf sich über die Explosivkraft, die allein in der Ballung dieser unterschiedlichen Gruppen steckt, nicht wundern."

Wir meinen, daß alle Menschen explosiv reagieren, die auf engstem Raum zusammenge-

der menschenwürdigen Unterbringung von Asylbewerber ist eindeutig keine Aufgabe von Privatpersonen, sondern eine gesamtgesellschaftliche, d.h., der "Sozialstaat" steht in der Verpflichtung. Bund, Länder und Gemeinden müssen gefordert werden!

Zurück zur Kampagne der Rechten.

Am 14.7. schürt beson-

ders infam ein Leserbrief des CDU-Ratsmitgliedes Hörster die Asylbewerberhetze; es schreibt neben anderen subtilen Hetzereien:

"Wenn wir als Asylanten getarnten Wirtschaftsflüchtlingen wieder den Weg in ihre Heimat weisen, haben wir ausreichend Wohnraum für ech-

ab, ein Wandel scheint sich anzubahnen. Vor allem das Auftreten einer mehr oder weniger offen rassistischen Bürgeraktion im Recklinghäuser Leusbergviertel, in dem einige ehemalige "Schlichtwohnungen" mit Asylbewerbern belegt sind, führt zu einem Umschwenken in der Hal-

Daraufhin berichtet die WAZ ganzseitig über die Situation in den Asylunterkünften, wobei sehr ausführlich auf die tief-sitzenden Vorurteile und rassistischen Denkstrukturen in den Köpfen einzelner deutscher Mitbürger eingegangen wird.

Als Bürgermeister Welt um den 25.7. aus dem



VON NACHBARN VORVERURTEILT: Bewohner der Häuser an der Strünkedestraße.

waz-Bilder: Meinerz

te Asylanten, die wir dann nicht - wie jetzt geplant - in Containern unterbringen müssen."

Die Stadt scheint fest entschlossen, die geplanten Maßnahmen durchzuführen.

Doch trotz der Sommerferien regt sich in Recklinghausen spontaner Widerstand. Eine ganze Flut von Leserbriefen lehnt vehement die Wohncontainerpläne ab. Die Presse druckt diese (soweit wir dies überblicken) uneingeschränkt

Die Stadt scheint fest entschlossen, die geplanten Maßnahmen durchzuführen.

Der forderte die Beseitigung der Asylbewerber aus ihrem Stadtteil. Sie drohen in dem Brief, die "Stadt für alle Schäden (Diebstahl, Personenschaden), Sachbeschädigung, Minderung des Wohnwertes, voll haftbar zu machen".

Urlaub zurückkommt, sieht er als erste Reaktion auf die Asylproblematik "alle in der Verantwortung". Zwar spricht Welt einige Tage später erfreulicherweise klar aus, daß für ihn Wohncontainer "nicht in Frage kommen", woraufhin dies Thema für alle plötzlich vom Tisch gefegt zu sein scheint, aber auch Welt sieht die "Grenzen der Leistungsfähigkeit bald erreicht". Der Leusberger Bürgerinitiative verspricht er: "Mittelfristi-

ges Ziel bleibt Abriß der Schlichtwohnungsanlage".

Die CDU stellt sich flexibel auf die neue Situation ein. Da die offene rassistische Linie nicht durchzuhalten war, spricht auch sie jetzt scheinheilig davon, "für die CDU gelte, daß die in Recklinghausen Angekommenen menschenwürdig unterzubringen seien." (WAZ 26.7.)

Gleichzeitig läßt sie aber eine Flut neuer reaktionärer Vorschläge los: CDU-Marschewski fordert Verfahrensbeschleunigung, Straffung von Gerichtsverfahren, Aufhebung des "Transitprivilegs" für türkische Staatsangehörige, staatliche Programme zur Rückkehrförderung. Das liegt ganz auf der Linie der bundesweiten CDU-Kampagne mit dem Ziel, sogenannte abgelehnte Asylbewerber umgehend abzuschieben. CSU-Zimmermann plant, "den 26000 in der Bundesrepublik lebenden Tamilen die Rückkehr zu finanzieren" - Klartext:

eine gesamte nationale Gruppe soll en bloc rausgeschmissen werden. Die sogenannte Schäuble-Kommission setzt noch eins drauf und fordert eine "Meldepflicht" für abgelehnte Asylbewerber, was schlicht dumpfe, reaktionäre Hetze ist, da jeder Asylbewerber selbstverständlich bei einer Unzahl von Behörden registriert und gemeldet ist.

Der Recklinghäuser Verwaltung sind allerdings die Ideen zur "Lösung des Wohnungsproblems" noch lange nicht ausgegangen.

Am 9.8. wird bekannt, daß die "kleine städtische Baukommission" vor Ort tätig war und elf Häuser ausfindig machte, für die Anträge auf Abriß vorliegen. Bürgermeister Bönte hat die Idee, "mit den Besitzern zu sprechen, ob die Stadt in den Häusern Asylanten oder Aussiedler unterbringen kann". Klartext: Die Mieter in diesen Häusern werden auf die Straße gesetzt, und an ihre Stelle sollen die Asylbewerber treten. Ein Vorschlag, der förmlich danach riecht, weitere Bevölkerungskreise gegen die Asylbewerber aufzuzetzen!

Ganz abgesehen davon, daß die Bewohner der genannten elf Häuser aus allen Wolken fielen, als sie von den Abrißplänen erfuhren.

Und so geht das reaktionäre "Sommertheater" munter weiter. Die Stadt weist vorübergehend Asylbewerber aus dem Libanon in eine allerdings nur in den Ferien leerstehende Schule ein. Keiner weiß, was bei Ferienende werden soll.

Fast nebenher soll Anfang August ein gambischer Asylbewerber aus Recklinghausen abgeschoben werden, der sich daraufhin aus Verzweiflung selbst verstümmelt und vorerst ins Prosperkrankenhaus eingeliefert wird.

Abdullah Barry hatte nach eigenen Auskünften beabsichtigt, seine deutsche Freundin aus Oer-Erkenschwick zu heiraten, was am Fehlen einer Geburtsurkunde gescheitert sein soll.

Immerhin liegt die Recklinghäuser Presse nicht

mehr automatisch auf der Seite der Verwaltung. Die WAZ druckt mit ausdrücklichem Hinweis die Positionen beider Seiten ab, was als weiterer Fortschritt begrüßt werden kann.

Bleibt im Augenblick nur zu hoffen, daß sich der politische Widerstand der fortschrittlichen Kräfte in Recklinghausen nach den Sommerferien verstärken wird.

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor Presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion und v.i.S.d.P.:
Norbert Gölitzer

Redaktionsanschrift:
AntifaZ, Altstadtschmiede
Kellerstr.10, Recklinghausen

Druck: druckwerk
Wellinghofer Str.103
4600 Dortmund 30

Verantwortlich für Anzeigen:
Petra Ottkowski
Herner Str. 8, RE

Auflagenhöhe: 600

Bankverbindung:
Stadtparkasse Recklinghausen
Bankleitzahl: 426 500 30
Kontonummer: 1000 282 99

Kontaktadresse:
Norbert Gölitzer
Michaelstr.14
4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/35831

Mitgewirkt haben:
Norbert, Rolf, Falko,
Ingrid, Petra, Cenan,
Chris, Wolfgang T., Anke,
Wolfgang E., Eckardt.

AntifaZ-Redaktionssitzung:
-jeden Mittwoch 17.00 Uhr
in der Altstadtschmiede RE

Blick nach draußen

Essen, 28.7.88

Die Ruhrkohlebergbaugesellschaft (RAG) gab Anfang Juli bekannt, daß sie ein neues "Rückkehrprogramm" für ausländische, speziell für türkische Arbeiter, auflegen will.

Nach den bisher bekannt gewordenen Vorstellungen der RAG sollen 16000 der insgesamt 19000 im Bergbau beschäftigten türkischen Bergleute in Saisonarbeitsverhältnisse gezwungen werden. Das "Angebot" der RAG:

Die türkischen Kollegen ziehen mit ihren Familien in die BRD, um im Bergbau zu arbeiten. Für diese Zeit könnten die Arbeiter in Ledigenwohnheimen der RAG untergebracht werden. Dieses "Angebot" will man im Herbst mit dem Betriebsrat verhandeln.

Es steht im Zusammenhang mit der geplanten Reduzierung um 20000 Beschäftigte im Bergbau bis 1995.

Eine Stellungnahme des Betriebsrates oder der IGBE gegen diese Absichten ist bisher nicht bekannt. Auch wenn nicht alle Einzelheiten des Modells bekannt sind, so sind schon jetzt einige Vorteile für die RAG erkennbar:

Sie kann trotz massiven Stellenabbaus jederzeit bei Bedarf auf ein Reservoir ausgebildeter und eingearbeiteter Arbeitskräfte zurückgreifen. Die ausgeruhten Saisonarbeiter können sicherlich zu einer erhöhten Arbeitsleistung angetrieben werden.



Kempten, 2.8.88

Die faschistische NPD plant für den 14. Oktober 1989 in Memmingen im Allgäu ihren Bundesparteitag. Die Stadtverwaltung hat, wie zuvor Kaufbeuren, mit der Forderung nach einer Sicherheitsleistung reagiert. Anfänglich weigerte sich die Stadt noch, den Faschisten freie Termine für die Stadthalle zu nennen. Oberbürgermeister Holzinger argumentierte mit Schäden an der umfangreichen Glasfassade bei einer antifaschistischen Gegenveranstaltung. Dagegen hatte die NPD sich beim Einspruch vor dem Regierungspräsidium durchgesetzt.

Ebenfalls in Memmingen, und zwar am 27. Mai 1989, wollen die Faschisten ein "Forum zur Verfassungswirklichkeit" abhalten. Aus der Allgäuer Zeitung vom 2.8.88: "Gegen die Absicht der Stadt Memmingen, der NPD ...die Stadthalle nur gegen eine angemessene Sicherheitsleistung zu vermieten, will die rechtsextreme Partei Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Regierung von Schwaben einlegen."



Duisburg, 27.7.88

Schon am 21.6. verabschiedete die IGM-Vertreterversammlung Duisburg einstimmig (eine Enthaltung) einen Beschluß gegen die bevorstehende Änderung des Ausländergesetzes. In der Entschließung heißt es unter anderem:

"Unter dem Strich ist die geplante Neufassung des Ausländergesetzes menschen- und insbesondere arbeiterfeindlich. Die über 30 Jahre erfolgte Einwanderung von ausländischen Mitmenschen wird im Gesetzentwurf weitgehend geleugnet. Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben, werden weiterhin als Sondergruppe behandelt und benachteiligt, obwohl sie allen wesentlichen Pflichten (insbesondere Steuern und Sozialabgaben) nachkommen. Gleiche Bürgerrechte, gesicherter Aufenthalt und damit die Chance zur Lebensplanung und zum gleichberechtigten Miteinander auch der unterschiedlichen Kulturen werden verwehrt. Das Kommunalwahlrecht als erster Schritt wird abgelehnt. Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehefrauen ist nicht vorgesehen.....In Wirklichkeit sollen unsere ausländischen Mitmenschen als Sündenböcke herhalten, um von den kapitalistischen Krisenursachen abzulenken. Nach dem Prinzip "Spalte und Herrsche!" wird ein wichtiger Teil der Arbeiterschaft geschwächt und damit die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung insgesamt..... Deshalb muß der Entwurf zur Änderung des Ausländergesetzes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden."

Mannheim, 10.8.88

Zu einem "Christlichen Forum" haben sich theologisch und politisch konservative Persönlichkeiten in der Bundesrepublik zusammengeschlossen, darunter Politiker, Pädagogen, Publizisten und Theologen beider Konfessionen. Unter anderen gehören dem Forum folgende Katholiken an: der Europa-Parlamentarier Otto von Habsburg (VSU), die CDU-Politikerin Johanna Gräfin von Westfalen, der Bundesvorsitzende der Partei "Christliche Liga", Josef Ripsam, und die Psychotherapeutin Christa Mewes. Von evangelischer Seite beteiligen sich neben anderen der Präsident der Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften, Prof. Peter Beyerhaus, der württembergische Synodale und Vorsitzende der Europäischen Ärzteaktion, Siegfried Ernst, der Chefarzt Wolfgang Furch, Vorsitzender der freikirchlichen Lebensrechtsinitiative "Pro vita", der Vorsitzende der Konferenz Evangelikaler Publizisten, der Verleger Friedrich Hänsler, der Leiter des Missionswerkes "Campus für Christus", Hans-Joachim Hagen, der Direktor des Geistlichen Rüstzentrums Krelingen, Pfarrer Heinrich Kemner, und der Studienleiter des Zentrums, Pfarrer Joachim Cochlovius, der Theologieprofessor Walter Küneth, der Leiter der Evangelischen Seelsorge im Bundesgrenzschutz, Kirchenrat Rolf Sauerzapf, der Vorsitzende der evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland, Pfarrer Hanns Schrödl, und sein Stellvertreter, Prof. Klaus Motschmann, sowie der Geschäftsführer des Diakonischen Werkes der Kurhessischen-Waldeckischen Kirche, Friedrich Thiele.

Das Forum versteht sich als "christlich-moralische Volksbewegung zur Erneuerung der Gesellschaft". Nach Angaben der Koordinationsstelle des Forums in Bielefeld haben bisher 73 Persönlichkeiten die sogenannte Fuldaer Erklärung der Initiative unterzeichnet. Darin wird eine "moralische Verwahrlosung massenhaften Ausmaßes" in der Gesellschaft beklagt, "sanktionsfreier Ehebruch, sexuelle Promiskuität, öffentlich tolerierte Homosexualität und Lesbismus, Aids, Pornographie, Drogensucht und Kriminalität breiten sich epidemieartig aus."



Hannover, 18.8.88

In Mamak (Ankara) begann am 10.8. die Verteidigungsphase im zentralen Prozeß gegen Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) - 723 Angeklagte, 74 geforderte Todesurteile.

Aus diesem Anlaß hat sich in Hannover eine Initiative gebildet, deren Mitglieder zur Beobachtung des Prozesses nach Ankara fahren wollen. Zur Finanzierung der Reise sind dringend Spenden auf das Konto 15 193 624, Stadtparkasse Hannover, U.Hasselbring, Stichwort "Ankara" erwünscht.

Wiesbaden, 22.7.88

Bereits Wochen vor dem "Hessentag" in Hofheim (2.7. -10.7.) hatten Skinheads bundesweit zu einem "Tag des deutschen Bieres" in Hofheim aufgerufen. Dieser wurde von einigen Skins bereits während der Anreise in der S-Bahn mit Tränengasattacken auf andere Reisende eingeläutet.

Daraufhin holte die Polizei 44 Skinheads aus dem Zug und stellte ihre Personalien fest.

Am Abend des 11.7. haben sich dann etwa 150 Skins in Hofheim eingefunden. 50 davon versuchten, in ein Festzelt einzudringen. Die Polizei versperrte ihnen den Zugang. Daraufhin zogen sie zu einem türkischen Kebab-Stand, griffen diesen an und blockierten die Straße, wobei sie "Ausländer raus!" riefen.

Danach entwickelte sich eine Schlägerei mit der Polizei, die nach eigenen Angaben ca. 40 Skinheads festnahm.

Sichergestellt wurden unter anderem Messer, Baseballschläger und Schreckschußwaffen. Laut Polizeiauskunft kamen die Skins aus Mannheim, Kassel, Dortmund und Heidelberg.

Konstanz, 28.7.88

Nachdem die Faschisten am Bodensee in der letzten Zeit einige Schlappen verkraften mußten, weil der antifaschistische Widerstand stark genug war, ihnen nicht alles zu gestatten, was sie gerne durchgezogen hätten, machte die Abteilung Jugendarbeit der NPD "Kameradinnen und Kameraden" bundesweit ein actionbeladenes Zeltlager mit Lagerfeuerromantik und Germanenfesten schmackhaft.

Vom 29.7. bis 7.8. sollen gemäß einer faschistischen Konstanzer Kreispublikation "ca. 200 Teilnehmer aus Deutschland, der Schweiz und Österreich" sich im Bodenseeraum sammeln, um Konstanz, Freiburg, Biberach, Singen und Friedrichshafen mit Großaktionen zu bedrohen.

Wie ernst diese faschistische Zusammenrottung zu nehmen ist, zeigen die Erfahrungen in Lindau und Friedrichshafen vor einem Jahr, als Skins aus dem Dreiländereck hier wüteten. Für den 30.7. hatte die JN/NPD in der Singener Innenstadt einen Stand angemeldet. AntifaschistInnen aus Singen und Konstanz planten Gegenaktionen.

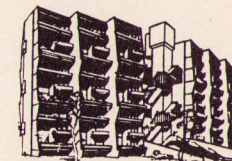


Gelsenkirchen, 11.8.88

Am 28.7. ist von Polizei und Staatsanwaltschaft der Initiativladen "Trotz alledem" durchsucht worden. Laut Beschluß des Amtsgerichtes sollten sämtliche Exemplare des Plakates "Konzept:Kriminalisieren/Isolieren/Zerschlagen", sowie etwa aufgefundene Plakate und Schriftstücke strafbaren Inhalts beschlagnahmt werden. Das Plakat befaßt sich mit politischen Verfolgungen im Raum Frankfurt und hat unter anderem ein Foto von Innenminister Zimmermann und ein Foto von einer Pistole, die in seine Richtung zeigt. Beschlagnahmt wurden zudem ein Plakat mit dem Titel "Staatsterror hin, Staatsterror her - wir werden trotzdem immer mehr", das "Rot-Schwarze Prozeßinfo", die Zeitung "Unzertrennliche", "Auf Ruhr" und "Graswurzelrevolution".

Die Durchsuchung fand morgens nach Aufbrechen der Tür statt. Erst kürzlich wurde nach einer Veranstaltung zum Internationalen Währungsfond eine Überprüfung einzelner Veranstaltungsteilnehmer vorgenommen.

Die Bundesanwaltschaft ließ verlauten, daß gegen Leute im Umfeld des Ladens wegen §129a StGB ermittelt würde.



Visselhövede/Soltau 11.8.88

Auf dem Höllenberg bei Visselhövede steht seit 1926 das größte Schlageter-Denkmal der Gegend. Albert Leo Schlageter war ein nationalistischer Schläger, der schon auf dem Baltikum und gegen den polnischen Staat um die "deutsche Sache" (Wiederherstellung des Zustandes von 1918) gefochten hatte, bevor er im Ruhrgebiet die Reparationslieferungen an Frankreich sabotierte. Dafür wurde er 1923 von den Franzosen hingerichtet.

Die Nationalsozialisten bauten ihn dann zum sogenannten Volkshelden auf, dem zahlreiche Gedenksteine errichtet wurden, z.B. auch in Soltau und Fallingbostal. Der Stein auf dem Höllenberg, hier noch immer mit einem Hakenkreuz im Namenszug geschmückt, war in den letzten Jahren wiederholt Angriffsziel für antifaschistische Farbanschläge.

Dem zum Trotz hat jetzt die Stadt Visselhövede dort eine Metalltafel angebracht, in der Leo Schlageter als "Volksheld" gepriesen wird.

Blick nach draußen

Heilbronn, 10.8.88

Die National-Zeitung 29/88 schreibt zur Europa-Wahl unter dem Titel "Aufbruch des deutschen Patriotismus":

"Seit dem DVU-Wahlerfolg am 13. September 1987 hat sich das politische Meinungsklima deutlich verändert.....Millionen Deutsche warten auf die rechte Alternative. Die Deutsche Volksunion-Liste D steht bereit....Die Härte der kommenden Auseinandersetzungen formt die Aktivisten."

Vornehmlich zu den Republikanern heißt es: "Wer in der Stunde des nationalen Einigungsprozesses abseits stehen bleibt, der soll den Weg des Sektierertums gehen ..."

In einem Brief wendet sich Frey an die nach eigenen Angaben "400 000 erfaßten Anhängerhaushalte". Er fordert auf:

"Wir brauchen vor allem Anschriften Deutschgesinnter, damit wir sie mit unseren Zielen vertraut machen können und als Mitstreiter und Wähler gewinnen."

Auf der Rückseite des Frey-Briefes ist das DVU-Wahlprogramm "Erst Deutschland - dann Europa" abgedruckt. Nach der üblichen nationalistischen Kritik an den anderen Parteien heißt es zum Schluß:

"Deutschland der EG opfern ??" Die BRD sei der Zahlmeister Europas, während das "Heer der Arbeitslosen und sozial Deklassierten wächst, Millionen deutscher Familien werden von der neuen Armut erfaßt und unsere Bauern und Winzer sind schutzlos einem erbarmungslosen Konkurrenzkampf ausgeliefert. Ganze Industriezweige...gehen in Ruin, weil Bonn - im Gegensatz zur ausländischen Konkurrenz nicht zu subventionieren wagt."

Nazi-Auftritte bei einer Antifaschistischen Woche in Lütgendortmund

In der zweiten Juniwoche führte die Lütgendortmunder antifaschistische Initiative eine antifaschistische Woche durch - mit Diskussionsveranstaltungen, Informationsveranstaltungen n.z.B. mit dem Thema "Frauen im Faschismus" und natürlich mit Kultur.

Unter den "Gästen" befanden sich nicht nur antifaschistisch gesinnte Leute, sondern auch Faschisten von der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei"(FAP).

Zuerst schickten sie harmlose Mädchen als Beobachter, während über das Thema "Frauen im Faschismus" referiert wurde.

Draußen vor dem Veranstaltungsort, dem Städtischen Jugendheim Lütgendortmund, warteten bereits Siegfried Borchert, auch als "SS-Sigi" bekannt (bis vor kurzem wegen faschistischer Aktivitäten in Haft) und seine Schlägertruppe von der FAP, die in Lütgendortmund zahlreich vertreten sind und die Menschen in diesem Stadtteil besonders stark terrorisieren und Wände mit ausländerfeindlichen und faschistischen Parolen besprühen. Aber auch Autos von Faschisten mit Kennzeichen aus Recklinghausen, Witten und Bochum wurden gesichtet.

Die Situation wurde grotesk, als die Heimleiterin des Städtischen Jugendheimes die lauernden FAP-Schlägertruppe zur Veranstaltung in das Heim einlud. Es zeigte sich eine offenkundige Sympathie zwischen der Heimleiterin und den Faschisten. Nicht nur, daß sie durch das Einschleusen der Faschisten die Gäste der Veranstaltung gefährdete, Borchert und seine Leute waren noch nie zimperlich beim Zertrümmern von menschlichen Körperteilen; sie entschuldigte sich offen vor Borchert für die nicht zu verhindernde Durchführung dieser antifaschistischen Woche im Städtischen Jugendheim.

Unter der Bedingung, daß die Schlägertruppe von Borchert sich ruhig verhielten, dürften sie sich bei der laufenden Veranstaltung gerne aufhalten.

Während die faschistischen Schläger im Hintergrund durch Provokation auf sich aufmerksam machten, fühlten sich die antifaschi-

stischen Teilnehmer nicht gerade wohl.

Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Veranstaltungsinitiatoren und den Faschisten, welche die Heimleiterin auf ihre Art beendete. Sie schmiß nicht die Schläger vom Borchert und natürlich ihn selber raus, sondern teilte den antifaschistischen Teilnehmern mit, daß sie Hausverbot hätten. Die FAP-Leute konnten sich auch weiterhin ungestört im Jugendheim aufhalten, um andere Jugendliche zu terrorisieren. Die Stadt Dortmund sollte sich nach diesem Vorgehen der Heimleiterin fragen, ob sie nicht nur ein Hausverbot für Faschisten, sondern auch ein Hausverbot für die Heimleiterin durchsetzen sollte. Diese stellt eine offene Gefahr für alle Jugendlichen in diesem Heim dar.

NAZIS RAUS
ANTIFAZ

FAP-Sprüher ertappt

Ende Juni wurde die Polizei nachts über eine Sprühaktion der FAP in Lütgendortmund informiert. Daraufhin erwischte sie zwei Faschisten auf der Lütgendortmunder Straße. Sie wurden vorläufig festgenommen.

Anschließend wurde im Bereich Lütgendortmunder Hellweg eine Fahndung eingeleitet, bei der fünf weitere Faschisten festgenommen wurden.

An zwei Glascontainern und verschiedenen Garagenwänden waren die faschistischen Parolen der FAP frisch aufgesprüht worden. Eine entsprechende Sprühdose wie auch Aufkleber konnten sichergestellt werden.

Bei den Festgenommenen sieben Sprüher handelt es sich um Lütgendortmunder und Wittener im Alter von 15 bis 27 Jahren.

Gift in den Köpfen

Antifaschistische Aufgaben in der Umweltbewegung

"Heute muß unsere neue Bewegung wiederum die beiden entscheidenden Strömungen des Widerstandes und der Auflehnung gegen das jetzige System in sich vereinen - Umweltzerstörung und Überfremdung. Dann können wir siegen" (Michael Kühnen, 1983).



waren es zuerst rechte Mahner, die vor diesem Irrweg warnten.....Wenn einige vorausschauende Linke in der grünen Welle letztlich die Gefahr einer Rechtsentwicklung sehen, so wollen wir dem nicht widersprechen." (Martin Mußgnug, NPD-Vorsitzender)

FAP, NPD und DVU werden ihre Kandidaturen zur Kommunalwahl 1989 in Nordrhein-Westfalen präsentieren. Noch steht nicht fest, in welcher Verbindung und unter welchem Deckmantel. Doch zentrale Themen, mit denen die Faschisten Boden gewinnen wollen, sind voraussehbar: neben dem Schüren von Vorurteilen und Konkurrenz gegenüber Einwanderern werden sie sich als Retter aufspielen vor den bedrohlichen Schäden in Natur und Umwelt. Dazu haben sie ihre Programmatik mit neurechten Denkmustern angepaßt und aufgefrischt.

Diese inhaltlichen Anleihen bei zum Teil namhaften Wissenschaftlern bis hin zu deren persönlichen Einbindung in das faschistische Umfeld wurden in den letzten Jahren aufgespürt, ausführlich dokumentiert und aus antifaschistischer Sicht analysiert. Uns muß es zusätzlich heute darum gehen, praktikable Vorschläge zu entwickeln auf die Fragen:

Wie können antifaschistisch gesinnte Menschen in Projekten und Initiativen der Umweltbewegung ihre Forderungen und Aktionen abgrenzen gegen die Antworten und Angebote von rechtsaußen?

Wie stellen wir uns den Bürgeranträgen entgegen, mit denen schon jetzt NPD und ÖDP sich in Szene setzen für Natur und Gesundheit?

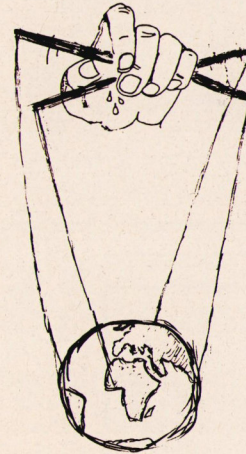
"Ein ökologisch denkender Mensch nimmt automatisch eine rechte Position ein. Während Liberalisten und Marxisten weltweit dem Wahn vom ewigen Wirtschaftswachstum huldigten,



Über ihre relativ größere Verankerung in dörflichen Gegenden war gerade die NPD frühzeitig offen in ihrer Demagogie gegen Landschaftszerstörung, Grundwasservergiftung und Waldsterben. Sogenannte Wertkonservative und offene Faschisten beteiligten sich als Heimat- und Naturschützer an Bürgerinitiativen, seit sie "in Mode kamen". Die Jugendorganisation der NPD versuchte sogar Mitte der siebziger Jahre, sich mit militanteren Aktionen am Widerstand gegen Atomkraftwerke zu beteiligen. Nach dem vorläufigen Rückgang der Anti-AKW-Bewegung mischten hunderte aus dieser grün-braunen Tradition gezielt mit beim Formierungsprozeß zur Partei Die Grünen. Nach zum Teil beachtlichen Anfängererfolgen wurden sie jedoch weitgehend hinausgedrängt aus den Parteistrukturen und aus Umweltinitiativen. Die sie verdrängenden "Linken" übernahmen mit den von ihnen neuentdeckten Themen der bedrohten Umwelt aber auch weitgehend kritiklos in der "Ökologiebewegung" vorherrschende Denkmodelle. Dennoch überwiegt seitdem in der Umweltbewegung ein fortschrittlicher emanzipatorischer Charakter, der ständig mit dem Wirtschaftssystem und dem Staat in Widersprüche gerät.

"Nicht mehr der Mensch bestimmt den Fortgang der Geschichte, wie er bisher glaubte, sondern die Grenzen dieses Planeten legen alle Bedingungen fest für das, was hier noch möglich ist." (Herbert Gruhl, ÖDP-Vorsitzender)

Wie die NPD offen blieb für ökologische Fragen, so sind seit jeher in der Umweltbewegung inhaltliche und organisierende Strömungen offen für faschistische Interpretationen und direkte Beteiligung von Faschisten. Ein naturwissenschaftlicher Zweig, in dem ausschnitthaft Kreisläufe und das dynamische Gleichgewicht in der Umwelt an Modellen beschrieben werden, die Ökologie, wurde von ihnen mystifiziert zu einer sinnstiftenden Gesellschaftspolitik. Doch erklären die Ökologen den katastrophalen Raubbau an Menschen und Natur nicht durch die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen. Den drauflosproduzierenden Chemiekonzernen, den pestizidspritzenden Kleinbauern und ihren "materialistischen" Konsumenten fehlt es angeblich an Bewußtsein. Den Gesetzen der Schöpfung, dem Primat der Natur, sollen die Menschen ihre "Sonderinteressen" unterordnen. Und wo Einsicht in den gebotenen Verzicht fehlt, wo zu langsam umgedacht wird, da muß eben staatliche Gewalt die natürliche Ordnung retten. Um die Gattung Mensch und das Leben "unserer Kinder" vor der Weltkatastrophe zu bewahren, müssen Freiheit und demokratische Rechte zurückstehen.



Organisiert findet diese reaktionäre Strömung ihren aktuell reinsten Ausdruck im Programm der ÖDP. Seit sich die Grünen verstärkt auf die Forderungen anderer gesellschaftlicher Bewegungen eingelassen haben, seit SPD und CDU verstärkt selbst Umweltprobleme in ihre Politik aufnehmen, seitdem legt die sich auf das "Primat der Natur" konzentrierende ÖDP nicht nur bei Wahlen kräftig zu. Für die NPD gehören die-

se Wählerstimmen "eigentlich uns"; und manche Wahlanalysiker aus den Reihen der Grünen rechnen öffentlich vor, es seien "die Positionen der ÖDP...durchaus in denen der Grünen enthalten. Rechnet man aber die Stimmen der beiden Parteien zusammen, so sind das mehr Stimmen als vorher." (Landtagskandidat W. Hoffmann)

Tatsächlich - wo UmweltschützerInnen ihr Verhältnis zur Natur nicht über eine neue und völlig andere Gesellschaft entwerfen wollen, wo sie verhaftet bleiben in jahrhunderte alten Begründungen für unausweichliches Elend und begrenzte Verteilungsspielräume, da haben sie den reinen Ökologen wenig entgegenzusetzen. Inhaltlich wehrlos müssen sie sich zurückziehen auf Etikettierungen als "Öko-Faschisten", wenn sie in ihr durch eiserne Konsequenz verzerrtes Spiegelbild blicken.

Der inflationäre Gebrauch des Etiketts "Faschisten" macht nicht Halt bei denen, die Hilflosigkeit und ohnmächtige Wut empfinden. So rückte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende und heute neue Finanzminister von NRW, Heinz Schlußer, im Frühjahr die Infoblätter und Aktionen der Oberhausener Bürgerinitiative gegen Giftmüllverbrennung im Stadtrat in die Nähe des Nazi-Terrors der dreißiger Jahre. Politiker wie Betreiber der Umweltzerstörung suchen, die Initiativen und Bündnisse zu spalten in ehrliche, wenn auch überängstliche Bürger einerseits, und andererseits widernatürliche Ideologen. Oft ziehen infolge des Drucks auch in den Bündnissen manche gegenseitig die Ehrlichkeit in Zweifel. In lebendigen Aktionseinheiten, die weit über eine "linke Szene" hinauswachsen, wird eine unvermeidbare Ausgrenzung einzelner "Öko-Faschisten" solche Prozesse noch anheizen, würde über Brüche im Bündnis sogar Teile nach rechts stoßen.

Zur Abgrenzung gegenüber der NPD nützt auch eine radikalere Formulierung von Forderungen wenig. Viele Passagen des NPD-Programms könnten so aus denen von CDU, SPD oder Grünen abgekupfert sein, sei es der Baustop für AKWs oder strikte Anwendung des Verursacherprinzips. Die ÖDP andererseits scheute sich nicht, an der Seite von JuSos, Grünen, DKP und vielen anderen offiziell vor zwei Jahren das Volksbegehren für die Übernahme und Stilllegung der AKWs durch die NRW-Regierung zu unterstützen.

Für Antifaschisten gilt es daher, auf einer anderen Ebene Vorschläge in den Bündnissen der Umweltbewegung zu verankern:

- für Aktionen, die den Alleinvertretungsanspruch der Parlamente in Frage stellen

- für eine Absage an alle Parteien, die vorgeben, die Umweltbewegung als Ganzes zu vertreten

- für das Aufgreifen der besonderen Betroffenheit gerade der eingewanderten Kollegen und Kolleginnen und ihrer Familien. Gerade sie werden als Leiharbeiter zu den gefährlichsten Arbeiten in AKWs und Verbrennungsanlagen herangezogen; ihre Wohngebiete liegen oft in unmittelbarer Nachbarschaft zu den schlimmsten Dreckschleudern...

- für Aktionseinheiten, die sich bewußt zur politischen Offenheit bekennen auch für grüne, kommunistische, revolutionär-sozialistische, autonome und anarchistische Positionen

- für demokratische Strukturen und Verfahren in den Bündnissen der Umweltbewegung.

In der Summe solcher Vorschläge wird für Faschisten und Reaktionäre die Schmerzgrenze erreicht, sich mit Bürgeranträgen zum Anwalt der Umweltbewegung aufzuspielen und sich an Aufrufen und Initiativen zu beteiligen.

Martin und Tobias, Oberhausen, den 15.8.88

Fall Dr. "Braun"

Die Grüne Liste Waltrop informierte uns über einen Pädagogen des dortigen Theodor-Heuss-Gymnasiums, der sich im Unterricht durch wiederholte antisemitische und nazistische Äußerungen hervortat.

Nachdem ein Schüler der berechtigten Ansicht war, dies in der diesjährigen Abiturzeitschrift anzuprangern (siehe Dokument 1), ging die Sache ab Mitte Juni auch durch die Presse.

Die Grünen richteten eine Dienstaufsichtsbeschwerde an den Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Schwier, über den Regierungspräsidenten Münster als obere Schulaufsichtsbehörde.

Wir halten Antwortschreiben und Konsequenzen insgesamt für völlig unzureichend:

ANZEIGE

Ich war ein Druckfehler.

ä.

druckwerk Satz- und Druckkollektiv

Gestaltung Fotosatz Druck Repros Illustrationen Reinzeichnungen
Wellinghofer Straße 103 4600 Dortmund-Hörde Tel.: (0231) 43 82 21

Dokument 1

... viele Lehrer besondere Schwierigkeiten haben, diesen Paragraphen zu befolgen, dürfte ein offenes Geheimnis sein. Aber es gibt einen Lehrer an unserer Schule, ich nenne ihn hier einmal Herrn Dr. Braun, für den Worte wie "unparteiisch", "ausgewogen" und "Zurückhaltung" schlichtweg Fremdwörter sind. Um sein eigenartiges Demokratie-/Geschichtsverständnis zu illustrieren, zitiere ich im folgenden einige von Herrn Dr. Brauns Äußerungen, die ich im Unterricht aufschnappte.

1. "Die Juden denken immer nur ans Geld."
2. "Alle Aidskranken müssen ins KZ."
3. "Die SS hieß nicht umsonst Schutzstaffel, denn sie mußte die Bevölkerung vor den Kommunisten schützen."
4. "Herrschaften, ich will euch mal ein Beispiel erzählen, wie sich die Juden auf dem Weg nach Auschwitz verhalten haben. Sie waren zu Hunderten in einem Güterwagen zusammengepfercht. Den Ausgang dieses Waggons bewachten zwei SS-Leute mit Maschinengewehren. Da frage ich mich doch, warum diese Hunderte von Juden nicht diese zwei SS-Leute umgebracht haben."
5. "Vor Jahren hatte ich eine Diskussion auf einer Veranstaltung in Datteln und fragte ich einen Juden, warum sie sich nicht damals gegen die Judenverfolgung und -deportation gewehrt hatten. Da sagte mir dieser Jude, daß sie die Judenverfolgung als Strafe Gottes angesehen hätten und sich deswegen nicht gewehrt hätten. So dachten viele Juden. Wenn man dies bedenkt, scheint es mir unangebracht zu sein, den Deutschen allein die Schuld an Auschwitz zu geben."
6. "Ich war damals mit 15 auch stolz, als ich meine HJ-Uniform bekam."

Besonders gefährlich finde ich solche Äußerungen, wenn Dr. Braun sie in der Unterstufe tätigt, weil hier die meisten Schüler/innen nicht in der Lage sind, eine kritische Distanz zu seiner Meinung zu entwickeln. Wenn er z.B. in den unteren Klassen sagt, daß der zweite Weltkrieg für Deutschland auch sein Gutes gebracht hat, z.B. daß wir durch die totale Vernichtung der Städte nicht mehr so alte Häuser und Industrieanlagen haben wie die Engländer in Liverpool, dann kann ich mir sehr gut vorstellen, daß diese Kinder mit sehr eigenartigen Vorstellungen in den Geschichtsunterricht gehen.(...)



Angst



AUSZÜGE AUS DEM ANTWORTSCHREIBEN DES KULTUSMINISTERS

"... Wichtig erscheint es mir jedoch, festzustellen, daß sich auf der Grundlage der Ermittlungen des Regierungspräsidenten keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß seitens der Schulleitung und des Lehrerkollegiums ... toleriert werden könnte, daß an ihrer Schule Unterricht im Sinne neonazistischer Gedankengutes erteilt würde. ... Der Regierungspräsident Münster hat auf meine Weisung ... Stellungnahmen des Schulleiters, des Lehrerrates und der SV-Verbindungslehrer angefordert; er hat darüberhinaus den beschuldigten Fachlehrer, Herrn StD Dr. Weiß um umfassende Stellungnahme ... zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen gebeten ... Glaubhaft ist indessen die Argumentation des Fachlehrers, daß seine Bemerkungen aus dem Zusammenhang gerissen und daher erstellt wiedergegeben seien. Glaubhaft ist darüber hinaus die Einlassung von Dr. Weiß, daß diese Bemerkungen nicht auf der Grundlage einer antisemitischen bzw. neonazistischen Gesinnung erfolgten. Zum einen spricht hierfür eine langjährige Mitgliedschaft von Herrn Dr. Weiß in der "Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit" in Recklinghausen; zum anderen sind weder dem Lehrerkollegium noch dem Schulleiter des Gymnasiums Waltrop in der Vergangenheit Klagen von Schülern oder Eltern bekannt geworden, die auf eine demokratischen Prinzipien nicht entsprechende Unterrichtsführung durch Herrn Dr. Weiß hinwiesen ..."



Wir mißbilligen die einseitige Art der Untersuchung. Herr Dr. Weiß als Beschuldigter hatte das Recht zu einer Stellungnahme, der Schüler Lars Holtkamp und seine ZeugInnen wurden schlichtweg ignoriert. Uns ist unklar, ob dies auf verfahrens-/disziplinarrechtlichen Fragen beruht oder auf bewußter Unterlassung. Die Schüler hätten die "Einlassungen" Herrn Dr. Weiß', seine Äußerungen seien verfälscht und sinnenstellt wiedergegeben worden, widerlegen können.

Man möge einmal darüber nachdenken, inwieweit solche Sätze aus dem Zusammenhang gerissen sein können.

Möglicherweise übersehen Regierungspräsident und Kultusminister die unter Umständen erfolgte gedankliche (Vor-)Formung während seiner Jugend, auf die er ja durch den Stolz auf seine HJ-Uniform selbst verweist. Dabei meinen wir, allerdings, daß diese Bemerkung auch tatsächlich aus dem Zusammenhang gerissen interpretierbar ist (z.B. wenn über Begriffe wie Stolz und Begeisterung gesprochen wird).

Wir lehnen die Beurteilung der offiziellen Stellen ab, die unter erheblicher Schuldzuweisung die Schüleraktion als Racheakt abtut und diffamiert.

Wir beurteilen die "Entlastung" des Lehrers durch den Hinweis auf bisher nicht vorliegende Beschwerden seitens Schüler- und Elternschaft. Wohl nicht nur an dieser Schule haben Schüler selbstverständlich stets die Befürchtung, durch Handlungen und

Äußerungen den jeweiligen Fachlehrer oder das Kollegium gegen sich einzunehmen. Die Angst, Lehrer z.B. in der Notengebung für sich selbst negativ zu beeinflussen, läßt die meisten Schüler fast zwangsläufig über manche Ungereimtheit hinwegsehen. Insofern haben nicht-vorliegende Beschwerden keinerlei Aussagekraft.

Wir bedauern, daß es an unseren Schulen offenbar immer noch möglich ist, Gedanken gut zu verbreiten, unter dem Millionen gelitten haben und bei dem derzeit bewiesenen sorglosen Umgang wieder zu leiden hätten. Wir vertreten nachdrücklich den Standpunkt, daß von einer disziplinarischen Ahndung nicht abgesehen werden sollte.



ANZEIGENPREISLISTE

1/4 Seite	DM 30.-
1/2 Seite	DM 50.-
1/1 Seite	DM 100.-

Neonazis haben neue Kultstätte

Mit dem oberbayrischen Ort Wunsiedel im Fichtelgebirge haben die Neonazis eine neue Kultstätte. Dort liegt seit März diesen Jahres der frühere Stellvertreter Adolf Hitlers - Rudolf Heß - begraben. Anlässlich seines ersten Todestages wurde vom Verwaltungsgericht in Bayreuth und vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München eine Kundgebung von Neonazi in dem 10000-Einwohner-Ort genehmigt, die zuvor vom Landratsamt Wunsiedel verboten worden war.

Angemeldet hat den Aufmarsch Berthold Dinter aus Rheda-Wiedenbrück, Herausgeber der rechtsextremistischen Zeitschrift "Wehr Dich" - nach eigenen Angaben mit einer Auflage von 2900 Exemplaren. Über Dinter ist nur seine NPD-Vergangenheit bekannt.

Michael Kühnen hatte schon vor vier Monaten bei einem Prozeß in Wunsiedel gegen Christian Worch (HH) und Meinhard Elbing (BI) angekündigt, daß der Ort in Zukunft nicht mehr zur Ruhe kommen werde. Jedes Jahr wolle man wiederkommen, wiederholte Worch jetzt in Wunsiedel.

Der Hamburger hatte die Leitung des Aufmarsches übernommen, während Kühnen fleißig Journalisten Interviews gab. Dinter war also nur als Strohmann vorgeschoben worden. Dinter setzte den Aufmarsch bei den Gerichten übrigens mit Hilfe des Hamburger Neonazi-Anwaltes Jürgen Rieger durch.

Zur Demonstration selbst erschienen statt der angekündigten 400 bis 1000 Faschisten "nur" 120.

Darunter befanden sich hauptsächlich FAPler, NFler, JNler und Skinheads. Die Neonazis kamen hauptsächlich aus Hamburg, Bie-

lefeld, Paderborn, Warendorf, Frankfurt und aus dem bayerischen Raum sowie aus Italien, Irland, den Niederlanden und Österreich.

Der Marsch hinter der Reichskriegsflagge verlief diszipliniert und ohne Zwischenfälle. Offenbar war man im Hinblick auf das kommende Jahr bemüht, den Eindruck der Justiz in Bayreuth und München nicht zu erschüttern, daß Sicherheit und Ordnung gewährleistet waren. Im nächsten Jahr dürfte sich diese Zeremonie der Neonazis damit also wohl in weitaus größerer Form wiederholen.

Vorläufige Festnahmen gab es nur wegen des verbotenen Hitlergrüßes und wegen des Tragens von Uniformen sowie des Besitzes von neofaschistischen Utensilien (Aufkleber, Fahnen, Plakate, Aufnäher etc.).

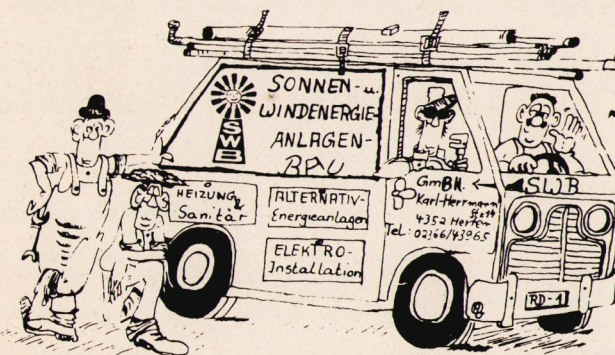
Eine antifaschistische Gegenkundgebung fand nicht statt. Nur die örtliche Bevölkerung begrüßte den Nazi-Aufzug mit den Rufen "Aufhören!" und "Nazis raus!" sowie mit dem Transparent "Nie wieder Nationalsozialismus!".

Der Friedhof, wo Heß im Familiengrab eingebettet wurde, war von Polizei- und Bundesgrenzschutzkräften gänzlich abgeriegelt.

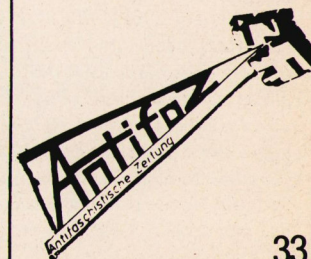
Das ganze Jahr über tauchen dort ständig "Ewig-gestrige" auf, um die Grabstätte mit Kränzen und Blumen zu schmücken. Unter den Besuchern sind "niederländische Kameraden" genau wie die HIAG (ehemalige Waffen-SS-Soldaten). Am Grab findet man Schleifen mit der Aufschrift "Unser Zorn wird mächtig sein" ebenso wie solche in den Farben (schwarz-weiß-rot) der ehemaligen Reichskriegsflagge.

Im vergangenen Jahr hatte es in Wunsiedel nach Bekanntwerden des Todes von Heß

ANZEIGE



ANTIFAZ
6-Hefte Abo 18DM
Förderabo ab 25DM



schwere Ausschreitungen zwischen Neonazi und der Polizei gegeben. Mit dabei damals auch die DVU, Jürgen Rieger, Edgar Geiss, der Österreicher Küssel, die Wiking-Jugend, und FAPler sowie NFler und Skins aus Bielefeld, Hamburg, Kassel, Kiel, Lübeck, Bremen und Berlin.

MIR IST HOECHST MERCK WÜNDIG!



NPD mit "Bauerntrick" auf "Bauernfang"

In Schleswig-Holstein ist jetzt ein Fall bekannt geworden, wie die NPD versucht, trotz gescheiterter Landtagswahl Einfluß in Kreisen von unzufriedenen Landwirten zu bekommen.

Bei der Wahl zur Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer bekam der Bauernverband in vier von elf Wahlbezirken Gegenkandidaten der Bauernopposition. In einem Wahlbezirk schaffte es der Bauernbund, mit vier Delegierten den Bauernverband in der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer zu verdrängen.

Unter den vier Bauernbündlern ist auch der NPD-Landtagskandidat aus Brunsbüttel Peter Harro Johannsen (Jahrgang 1932).

Automatisch fällt einem da nur eine Parallele aus dem Jahre 1968 ein, als es das letzte Mal Gegenkandidaten gegen den Bauernverband gab und bei der Kammerwahl die NPD-nahe "Notgemeinschaft deutscher Bauern" kandidierte.

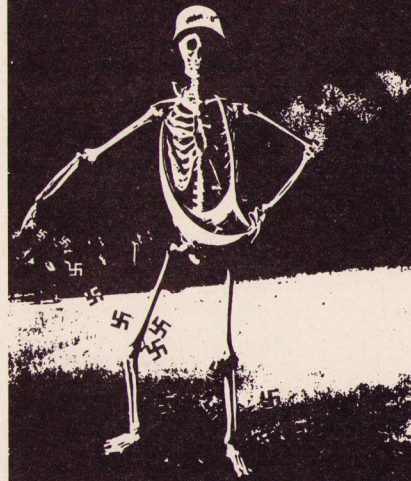
Der Bauernbund-Vorsitzende, Siegmund Bienemann, ist selbst noch CDU-Mitglied. Er trat mit seiner Gruppierung aber an, den Filz zwischen Bauernverband, CDU und Landwirtschaftskammer zu durchbrechen. Er verschwieg aber, daß der Durchbruch in Richtung "braun" gehen sollte.

In der eher grün-alternativ angehauchten Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (ABL) tummelt sich mit dem Schriftleiter der rechtsextremistischen Zeitschrift "Die Saat" vom Deutschen Landbund ebenfalls ein Neonazi. Es ist Klaus Wels aus Kiel. Er war 1975 NPD-Landtagskandidat und

tauchte sieben Jahre später bei den Kommunalwahlen bei der "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" auf, die sich inzwischen wieder aufgelöst hat.

In der Gründungsphase der Bioland- und Demeter-Bauern versuchte Dr. Heinrich Wollatz (Bredstedt), Einfluß in diesem Kreis zu gewinnen. Wollatz gehört der NPD und dem Nordischen Ring an.

Die Saat des Todes



Wo dieser Sämann geht durchs Land, Erntet er Hunger, Krieg und Brand.

ANZEIGE

Antifaschistische Nachrichten

Bessere Information, Koordination und Zusammenarbeit tut Not in der Auseinandersetzung mit faschistischen Gruppen sowie reaktionären, rassistischen und nationalistischen Entwicklungen.

Die im 4. Jahrgang erscheinende Zeitschrift bietet 14-täglich:

* Einen Überblick zur Tätigkeit faschistischer Organisationen und ihrer Verbindungen zum rechtskonservativen Lager * entsprechend wichtige Termine und aktuelle Berichte aus der ganzen BRD * Dokumentation interessanter Stellungnahmen von Institutionen, Parteien, Initiativen * unterstützende und organisierende Artikel zu antifaschistischen Aktivitäten * Hinweise auf bundesweit und regional erscheinende Publikationen aus dem Antifa-Spektrum

Die ANTIFASCHISTISCHEN NACHRICHTEN sollen dabei helfen, die Zusammenarbeit aller Antifaschisten und ihrer Verbände zu verbessern. Die Nachrichtenhefte stehen somit auch diesen Kräften zur Veröffentlichung von Berichten und Informationen offen.

Preis: Halbjahresabo (13 Hefte) 28.60 DM; Jahresabo 57.20 DM (incl. Versandkosten); Einzelheft 1.20 DM plus Versand.

Interview mit Pfarrer Hartmut Dreier aus Marl

AntifaZ: Wie wir wissen, gibt es seit einigen Jahren in der evangelischen Kirche eine Bewegung, die unter der Bezeichnung "Fundamentalisten" und "Evangelikale" bekannt geworden ist. Worum handelt es sich hierbei?

Dreier: Die Evangelikalen oder Pietisten oder Erweckungsbewegung sind in der evangelischen Kirche entstanden, wenn gesellschaftliche Umbrüche passierten. Beispielsweise während der Industrialisierung im Siegerland oder im ostwestfälischen Raum rings um Herford, als durch zunehmendes Kleingewerbe und Kleinindustrie die agrarische Struktur zusammenbrach.

Damals hat es genau in den genannten Gebieten eine große Erweckungsbewegung gegeben. Und in der heutigen Zeit befinden wir uns, auch bei uns, aber ganz besonders in anderen Ländern, vor allem den sogenannten Schwellenländern, wieder in gesellschaftlichen Umbruchphasen. In den Ländern der 3. Welt gibt es die evangelikale Erweckungsbewegung oder auch charismatische, ekstatische Bewegungen genau dort, wo das Industriezeitalter beginnt: Indonesien, Südkorea, Singapur, Ostafrika, Brasilien und Zentralamerika. Da zerfallen traditionelle Werte und Sozialformen, die bis dato

generationen- oder jahrhundertlang stabil waren - die Menschen sind verunsichert und suchen einen neuen Halt.

Und die Religion, die da sagt "der Einzelne vor Gott, die persönliche Beziehung zu Christus rettet dich, die Erde ist sowieso des Teufels und geht dem Chaos entgegen, rette dich, wer kann (jenseitsbezogen): je düsterer Du hier dran bist, und wenn Du Dich ganz und gar dem Herrn anvertraust, desto besser die Zukunft", bietet da eine Antwort und schafft neue Organisationsformen für Bekehrte, schafft auch ein klares Erklärungsmuster für einen selbst, für die eigene Identität: "Ich bin bekehrt und die anderen sind 'Welt'". In den "gestandenen Industrieregionen der 1. Welt (Nordamerika/Westeuropa) sind wir am Ende der industriellen Phase und kommen in ein postmodernes Leben mit allen Verunsicherungen bis ins Psychische des Einzelnen; die Sozialformen zerfallen, und da ist wiederum bei uns zu beobachten, daß eine ganze Menge Menschen bereit sind, auf solche erwecklichen Strömungen einzusteigen und sich

Es gibt eine ganze Reihe erweckte Christen, die z.B. riskiert haben, in der Friedensbewegung bei direkten Aktionen sich einzusetzen. Es gibt gerade bei den jüngeren Evangelikalen auch Leute, die für einen anderen Lebensstil sind, einfacher Leben und dann eine gemeinsame Spiritualität und Frömmigkeitspraxis entwickeln, oder auch welche, die gegen AKW's und High-Tech sind. Insofern sind evangelikale Leute nicht notwendigerweise auch gesellschaftspolitisch reaktionär, sondern es können auch gesellschaftsverändernde, "linkere" Positionen vertreten werden. Aber wenn wir von Fundamentalisten reden, meinen wir eigentlich immer solche, die beides sind: sowohl im religiösen Sinn evangelikal oder erweckt, im politischen Sinn konservativ oder reaktionär. Das zur Begriffsbestimmung.

AntifaZ: Welche konkreten Erfolge hat die Organisation "Campus für Christus" in der Bundesrepublik und worum geht es ihr?

Zur Person: Hartmut Dreier ist evangelischer Gemeindepfarrer in Marl, Mitherausgeber der kritischen Zeitschrift "Amos" und durch verschiedene Engagements und der Solidarität mit den Völkern der 3. Welt über Marl hinaus bekannt. Pfarrer Dreier ist Jahrgang 1938, verheiratet, hat zwei Töchter und lebt, wie er sagt, seit zwanzig Jahren gern im Ruhrgebiet.



da gewissermaßen zu organisieren, sich evangelikal zu verstehen oder zu sagen: "Ich habe einen lebendigen Glauben an meinen Herrn und Heiland Jesus Christus" - das sind so feste formelhafte Redewendungen.

Soweit die globale Situation in Blick auf die 1. und 3. Welt. Dann gibt es noch eine wichtige Unterscheidung zwischen evangelikal und fundamentalistisch.

H.D.: "Campus für Christus" ist der deutsche Ableger einer in den USA entstandenen und beheimateten Organisation, die sich dort nennt "Campus Crusade for Christ". Crusade heißt 'Kreuzzug'. Man sieht hier schon: Anfang der 50er Jahre - moralische Aufrüstung, Kreuzzug gegen den Osten, gegen den Kommunismus, damals wird es eindeutig definiert; und auch sonst ist

im Umfeld von Campus sehr viel militärische Diktion gebräuchlich. Sehr militärisch-hierarchisch aufgebaut. Bill Bright ist der "Erfinder" und zugleich bis heute leitender Kopf, sozusagen der "Oberste Befehlshaber". Dazu gibt es sozusagen "Kommandostrukturen", die heißen auch entsprechend. Reinster Zentralismus.

A.: Also quasi mit Vorgesetztenverhältnissen und mehr oder weniger Weisungsbefugnissen?

H.D.: Ja, davon müssen wir bis auf weiteres ausgehen, obwohl im Blick auf Campus für Christus in der Bundesrepublik oft anderes behauptet wird. Aber warum soll es hier anders sein als in allen anderen Ländern? In den 50er Jahren ist die Organisation gegründet worden, in den 60ern gewachsen, in den 70ern explosionsartig gewachsen, besonders in den Ländern der 3. Welt aus den eingangs beschriebenen Ursachen. Das Erschreckende bei Campus für Christus ist, global gesehen, daß sie in den USA für das Konzept der Aufrüstung und des Kalten Krieges und des Sozialabbaus mit Pro-

paganda gemacht haben; das ist nachzuweisen. Und das Erschreckende im Hinblick auf die 3. Welt, daß Campus blutige Diktaturen und Diktatoren unterstützt hat. In den USA hat Campus viel Geld bekommen von Ölmillionären, u.a. auch von den Mitbegründern der Hotelkette 'Holiday Inn', auch von prominenten Persönlichkeiten, die die faschistische 'John Burch Society' finanzieren. Das ist sehr fatal. Sie kriegen allerdings auch sehr viel Geld von einfachen Menschen, die sozusagen "reinfließen". Da spielen die "elektronische Kirche", Kabelfernsehen, Rundfunkprogramme, die wir ja auch bei uns jetzt kriegen, in den USA schon längst durchgesetzt, eine große Rolle. Die Fernsehprediger mit all ihren Affären sind ja inzwischen auch bei uns bekannt.

A.: Wird sich das denn hier auch in diesem Maße durchsetzen?

H.D.: Sicher - davon bin ich fest überzeugt! Jetzt hinsichtlich der Bundesrepublik: Campus für Christus ist meiner Meinung nach 100%ig mit der Mutterorganisation zu vergleichen. Die Zentrale ist übrigens in Gießen, am Unteren Rhein 2. Es kann gar nicht sein, obwohl es oft betont wird, auch von innerkirchlichen Kreisen, daß Campus hier anders funktioniert als in allen anderen Ländern, also nicht-hierarchisch, nicht-zentralistisch, nicht-reaktionär sein soll, sondern hier plötzlich liberal, gar links-liberal orientiert sei.

A.: Es gibt ja viele US-Firmen und -organisationen, die in der Bundesrepublik etabliert sind. Wie diese, so muß sich doch sicher auch Campus auf die hiesigen speziellen Verhältnisse und Gegebenheiten einstellen?

H.D.: Das ist eine Diskussion, die auch in der evang. Kirche

im Moment überall läuft (Hamburg, Gießener Raum, Ludwigshafener Raum, Nürnberg, Ruhrgebiet, Rheinland), ob die Kirchen eine großangelegte Kampagne machen sollen zusammen mit Leuten von Campus, die sich nennt "Neu anfangen - Christen laden ein zum Gespräch". Kritiker dieser Geschichte, zu denen ich auch gehöre - und "AMOS - Kritische Blätter" hat dazu allerlei veröffentlicht - sagen: "Finger weg davon!!".



Weil das dieselbe nordamerikanische Machart ist; volkmissionarisch interessierte Leute bei uns, die befürchten, daß die evang. Kirche im Jahr 2030 nur noch halb so groß ist wie heute, sagen, man müsse etwas etwas unternehmen. Zuviele Leute träten aus der Kirche aus, es sei keine gelebte Frömmigkeit mehr da, die Menschen wüßten nicht mehr Bescheid über den Glauben, die Glaubensgrundlagen, usw.. Man müsse mithilfe dieser in den USA entwickelten religiösen Methoden der Massenpropaganda bis hin zur Hauskreisbildung auch bei uns arbeiten, um das Schlimmste, nämlich den Zusammenbruch der evang. und weitgehend auch der kath. Volkskirche, zu verhindern. Da sei dann auch jedes Mittel recht, da könne man sich so einen amerikanischen "Unternehmensberater" von Campus, z.B. Ben Jakob und andere, ohne weiteres leisten. Wir sind anderer Meinung.

A.: Gibt es geistige oder ideologische Bezüge zu einer gesellschaftlichen Wendepolitik in der Bundesrepublik?

H.D.: Sicherlich. Das Problem ist: "Wendepolitik" hat sich ja schon unter der sozialliberalen Koalition abgezeichnet. Es ist ja damals schon begonnen worden, den Sozialstaat abzubauen, und es hat ja auch eine gewisse Akzeptanz in der breiten Bevölkerung gegeben, Opfer zu bringen, die Reformprojekte der späten 60er und frühen 70er Jahre gewissermaßen nicht fortzuführen, den Sozialstaat nicht weiterzuentwickeln. Das für mich Besorgniserregende ist, daß das ja, jedenfalls bei der letzten Bundestagswahl, eine Mehrheit gefunden hat. Deswegen ist doch wohl festzustellen, daß in der Bundesrepublik, möglicherweise als Ausdruck dieses sozialen Umbruchs der postindustriellen Gesellschaft, eine Frage da ist: "Wer bin ich? Was ist wichtig im Leben? Mit wem tue ich mich zusammen? Gegen welche Bestrebungen trete ich an?" In dieses Klima einer neuen Sinndefinition paßt natürlich das Konzept, Menschen anzusprechen auf Todeserfahrungen, auf Krankheitserfahrungen, auf die Grenzen ihres Lebens, sei an den Ängsten zu packen,



wie es "Neu anfangen..." und Campus betreiben, sie dann quasi abzuholen, in Hauskreisen zu versammeln und in weiterführenden Programmen zu organisieren und damit auch in der Mittelschicht, mehr als bei den Arbeitern, Resonanz finden. Unsere 80er Jahre sind geprägt vom gesellschaftlichen Umbruch, von einer Sinnfrage und vom Verlust von Faszination der alten, früher noch massenwirksamen Optionen, sei es Rechtsstaat, sei es Freiheit / Gleichheit /

Brüderlichkeit, sei es Sozialismus; die scheinen verbraucht zu sein, scheinen an Faszination verloren zu haben. In diesem Vakuum haben die Fundamentalisten Konjunktur.



A.: Wird es im Ruhrgebiet angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit und Existenznot einen "Kreuzzug" der Kirchen geben, Arbeiter in die Kirchen zu holen, um sie über die Situation hinwegzutrusten, statt ihnen in der Auseinandersetzung mit den Firmen beizustehen?

H.D.: "Kreuzzug" in dem Sinne nicht, sondern ich sehe eigentlich mehr im Moment, jedenfalls in der evang. Kirche, und ich höre es auch von Kollegen aus der kath. Kirche, einen Pessimismus. Kein offensives Vorgehen "rein in die Gesellschaft", sondern eher ein defensives Festhalten von Besitzständen, von Einflüssen, usw.. Die Kirchenleitenden denken, sie stünden mit dem Rücken zur Wand, die nächste Steuerreform würde ihnen noch mehr Gelder abknapsen, noch mehr Leute würden aus der Kirche austreten, es müßten "Apparate" verkleinert werden. Aus dieser Stimmung des Pessimismus und der Resignation heraus sehe ich den Versuch solcher Konzepte der religiösen Massenpropaganda und der Organisation von bestimmten Leuten in Hauskreisen und weiteren religiösen Programmen. Es ist, glaube ich, nicht so sehr wie in den 50er Jahren, als im CDU-Staat unter Konrad Adenauer "christliches Abendland" als Parole ausgegeben und auch mit einem gewissen Erfolg betrieben wurde. Es ist umgekehrt auch interessant, daß z.B.

in Hattingen und Rheinhausen die Kirchen, nicht so sehr die Amtskirchen, sondern mehr die PfarrerInnen usw., sich sehr stark gegen Firmenpoli-

tik eingeschaltet haben, für die Interessen der Betroffenen, und dieses dann auch in Verbindung mit den Gewerkschaften, und teilweise auch viel besser als Gewerkschaftspitzenfunktionäre (ich denke an Franz Steinkühlers unrühmliche Rolle in Rheinhausen). Sie konnten den Menschen wirklich Mut machen zum Widerstand gegen Firmenpolitik. Aber von daher sehe ich in beiden großen Kirchen ein Auseinanderdriften. Die Kirchenleitenden habe Angst um den Bestand, und an der Basis sind Bestrebungen da, sich einzuschalten in die Kämpfe um das Leben und Überleben der Menschen und der Schöpfung. Das erstere erschreckt mich, das letztere ermutigt mich. Ersteres ist gewissermaßen kirchengeschichtlich traditionell, letzteres neu - man denke auch an die Basisgemeinden.

A.: Zur Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus haben Teile der evang. Kirche große Sympathie für das NS-Regime entwickelt. Gibt es heute ähnliche Gefahren und Tendenzen in der evang. Kirche?

H.D.: Eine aktive, ehrliche Sympathie zum NS-Staat kann sich natürlich überhaupt niemand leisten, und das ist auch gut so. Wir werden am 9. Nov., 50 Jahre nach dem Brennen der Synagogen und dem Demolieren jüdischer Geschäfte und Wohnungen, viel Aufklärerisches, aber auch selbstkritische Worte hören - und auch das ist gut so. Es ist sicherlich nicht sorgfältig aufgearbeitet worden, warum es den Nationalsozialismus gegeben hat,

daß er nämlich ein Ausdruck war der Krise der bürgerlichen Gesellschaft und des Kapitalismus, aufgrunddessen dann der Nationalsozialismus als Massenbewegung aufkommen konnte in Verbindung mit bestimmten wirtschaftlichen Eliten (Thyssen usw.); das ist nicht kritisch genug aufgearbeitet worden, denn dann müßte man heutzutage kirchlicherseits auch wieder schämen: wo sind Krisenerscheinungen gesellschaftlicher Art und wo lauern Gefahren und was tun wir dagegen?

unser Land, die auch unsereinen und viele viele andere ermutigen, weiterzumachen,

daß möglicherweise heute und morgen die Kräfteverhältnisse, innerkirchlich und innergesellschaftlich, nicht so fatal zu beurteilen sind wie in den 20er und 30er Jahren.

Die progressive und emanzipatorische Arbeit in beiden großen Kirchen, die durch bestimmte Institutionen ja auch in die heutige CDU hineingetragen wird, stimmt optimistisch.

Es können unterstützt werden - und werden ja auch Initiativen und Bürgerini's gegen Ausländerfeindlichkeit

vor Ort. Viel leistet hier die Viererkolalition Caritas - Diakonie - AWO - Gewerkschaften, wodurch die CDU ja parteiinterne Probleme bekommt (Caritas!).

Zu bemerken ist, daß es erhebliche ausländerfeindliche Tendenzen gibt. Speziell in Fragen der Ausländerpolitik sind PfarrerInnen immer wieder FAP- und NPD-Attacken ausgesetzt.

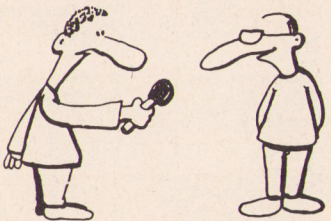
Befruchtend für ein besseres Verständnis zwischen einheimischen und ausländischen Bevölkerungsteilen ist sicher der interreligiöse Dialog, wie er nach dem Kriege christlich-jüdisch, jetzt bzw. schon seit einigen Jahren christlich-islamisch abläuft. Grundlage ist Vertrauensbildung durch Mit-einanderreden, Ziele sind der Abbau von Feindbildern, Toleranz, Kampf gegen Fanatismus.

Wie schon gesagt, die Ökumene gibt Anlaß zum Optimismus. Doch sollte man dabei deutlich unterscheiden zwischen einer gerechtfertigten, legalen Ökumene und der fundamentalistischen, falschen Ökumene, deren Schaltstelle ohne jeden Zweifel Campus Crusade for Christ ist. Die fundamentalistische geht so weit, die legitime und gar den Vatikan als kommunistisch unterwandert zu attackieren. Campus und Kardinal Lefèbvre, das ist ideologisch eine Kiste, gegen den Kommunismus, gegen das Moderne, gegen eine, nenne ich es 'mal: allgemeine Humanphilosophie.

An der Basis werden z.Z. aktuell diskutiert und durch Aktivitäten umgesetzt (auch seitens der kath. Kirche) die Leitsätze "Gerechtigkeit (soziale) / Friede / Bewahrung der Schöpfung (unter ökologischem Gesichtspunkt)". Amtskirche und Kirchenleitung denken hier aber eher defensiv, wobei es zu einer Anbiederung an die Rechten kommt.

Sie sollten daher unter Druck gesetzt werden, auf keinen Fall eine Verbindung mit der fundamentalistischen Ökumene einzugehen, die ja (s.o.) als Reaktion zu verstehen ist, und dies in doppeltem Sinne. Bemerkenswert sollte noch, daß international eine enge Koalition zwischen fundamentalistischer Ökumene und der Mun-Sekte besteht.

A.: Hartmut, wir danken Dir für das Gespräch.



A.: Können kirchliche Kreise einen Beitrag gegen Neonazis, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit leisten, und wenn wie?

H.D.: Kirchengeschichtlich neu und für mich insotern ermutigend ist, daß es die Ökumene gibt. Bei uns im Lande arbeiten evang. und kath. Kirche zusammen, und weltweit gibt es einen Zusammenschluß der verschiedenen Kirchen, und es kommen derart viele gesellschaftskritische und gesellschaftspolitische Anfragen, derartig viele ermutigende Impulse und Akzente aus der 3.Welt hier in

Pinwand

TERMINE

- 26.9.88: 18.00 Uhr Solidaritätsveranstaltung, mit dem Freiheitskampf des KURDISCHEN VOLKES, mit Vertretern von K.A.D.K. und KÖKAR
Ort: "Evangelischer Gemeinosaal", Linperstr. 34 (Recklinghausen)
- 26.9.-1.10.88
WOCHEN DER ANSLÄNDISCHEN FLÜCHTLINGE (BUCKLINGHAUSEN)
- 26.9.88: 19.00 Uhr Veranstaltung zu den "Neuen Ausländern, einsetzen"
Ort: "Altstadtschmiede", Kellerstr. 10
- 28.9.88: 19.00 Uhr Veranstaltung zum "kommunalen Ausländerwahlrecht"
Ort: Haus des "Deutschen-Türkischen Vereins", Am Steintor
- 30.9.88: 19.00 Uhr Veranstaltung zum Thema: "Frauen von Flüchtlingen"
Ort: Haus des "Deutschen-Türkischen Vereins"
- 1.10.88
Veranstaltung zum "110. Geburtstag"
(Ort und Zeit noch unbekannt)
- 2.10.88: 19.00 Uhr Veranstaltung zum "100. Jahrestag der Reichspräsidentenwahl"
Ort: "Theatersaal im Depot", Castroper Str.
- 4.11.88: 19.00 Uhr Veranstaltung im Rahmen des "100. Jahrestags der Reichspräsidentenwahl" mit Prof. H. Grottel, vln
(Ort noch unbekannt)

ADRESSEN

- Autonomes Zentrum "Krim" RE Münsterstr. 2a 02361/15698
- Türkischer Arbeiterverein RE Marienstr. 4 02361/62564
- Deutsch-Türkischer Verein RE Am Steintor 5 02361/17483
- Frauzentrum RE Am Lohtor 1 02361/15457
- Demokratische Fraueninitiative (DFI) c/o Waltraud Weber RE Hillen 15 02361/47697
- Antifaschistischer Bund (AFB) RE Altstadtschmiede, RE Kellerstr. 10 02361/21212 (FR 18 h) c/o W. Tschentscher Michaelstr. 14, RE Tel.: 02361/35831
- Jungsozialisten in der SPD Stadtverband RE Paulusstr. 45 02361/29329
- HOLZWURM RE Münsterstr. 2a 02361/15698
- Die Grünen RE Fraktion Rathaus, Z. 117 02361/587462 (MO-FR 9-13 h)

17.9.-10.10.00 ANTIFA-KONFERENZ-ESSEN